



## **Ausschuss für Europa und Internationales**

### **9. Sitzung (öffentlich)**

16. März 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 13:10 Uhr

Vorsitz: Dietmar Brockes (FDP)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

**Vor Eintritt in die Tagesordnung** **5**

**1 Die Folgen des Brexits und die transatlantischen Beziehungen** **6**

Gast: Friedrich Merz, „Brexit-Beauftragter der Landesregierung“

Friedrich Merz (Brexit-Beauftragter der Landesregierung) trägt einen Bericht vor und diskutiert mit den Abgeordneten über verschiedene Fragestellungen.

**2 Entsenderichtlinie reformieren – Beim Aufbau einer sozialeren Europäischen Union helfen 22**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/1122

Anhörung der beiden Sachverständigen Stefan Solle (unternehmer nrw, Arbeitgeberverband Gesamtmetall, Leiter Büro Brüssel) und Michael Hermund (DGB Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf)

**3 Arbeitsprogramm 2018 der Europäischen Kommission und die Europapolitischen Prioritäten der Landesregierung Nordrhein-Westfalens für das Jahr 2018 38**

Vorlage 17/555

Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBE) beantwortet Fragen der Abgeordneten.

**4 30 Jahre Erasmus-Austausch in Nordrhein-Westfalen – Bildungspolitischen Austausch weiterentwickeln 42**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/1441

Der **Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag** der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP **Drucksache 17/2152** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der AfD **zu**.

Der **Ausschuss stimmt dem geänderten Antrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 17/1441** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der AfD-Fraktion **zu**.

**5 Zehnjähriges Jubiläum der Kooperation zwischen Nordrhein-Westfalen und der Benelux-Union – Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern 44**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/1660

Der **Ausschuss stimmt** dem **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 17/2151** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der AfD-Fraktion **zu**.

Der **Ausschuss stimmt** dem so **geänderten Antrag** der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP **Drucksache 17/1660** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der AfD-Fraktion **zu**.

**6 Lehren aus den Paradise Papers ziehen – Steuervermeidung, Steuerbetrug und Geldwäsche konsequent entgegneten 45**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/1983

Johannes Remmel (GRÜNE) beantragt eine Anhörung. 45

**7 Verschiedenes 46**

Der **Ausschuss beschließt**, sich **nachrichtlich an der Anhörung** zu Drucksache 17/1981 am 19. April **zu beteiligen** und gemeinsam mit dem Innen- und Rechtsausschuss am 26. April morgens eine **Sondersitzung durchzuführen**. Die Abstimmung soll in Fraktionsstärke erfolgen.



## Aus der Diskussion

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

begrüßt **Vorsitzender Dietmar Brockes** den Europaminister, Herrn Dr. Holthoff-Pförtner, zu Tagesordnungspunkt 1 den heutigen Gast, Herrn Friedrich Merz, den Beauftragten der Landesregierung für den Brexit und die transatlantischen Beziehungen, sowie die Mitglieder des Ausschusses und die Vertreter der Landesregierung.

**Johannes Remmel (GRÜNE)** bittet, eine Frage zu klären, die, bezogen auf die Ausschussberatung, von erheblicher Bedeutung sei. Die Landesregierung habe angekündigt, um 11:30 Uhr eine Pressekonferenz mit Herrn Merz und dem Minister abzuhalten. Das sei insofern ungewöhnlich und eigentlich nicht zulässig, weil es eine Parlamentsvereinbarung gebe, wonach während der Plenarsitzungen und damit auch während der Ausschusssitzungen keine Pressekonferenzen stattfinden. Er bitte, dass diese Pressekonferenz abgesagt oder verschoben werde, um die Ausschussberatung nicht zu beeinträchtigen. Es sei ja gar nicht klar, ob man in einer Stunde zurechtkomme. Natürlich sei der Minister auch bei anderen Tagesordnungspunkten gefragt, sodass er das zumindest als eine Missachtung des Parlaments und der Ausschussarbeit betrachten würde. Der Ausschuss sei hier nicht nur Staffage für die Landesregierung, sondern hier tage das Parlament. Er bitte den Ausschussvorsitzenden, dafür Sorge zu tragen, dass die Vereinbarung, die zwischen Landesregierung und Parlament in diesem Zusammenhang abgeschlossen worden sei, auch umgesetzt werde.

**Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEI)** bekräftigt, es sei nicht Absicht gewesen, das Parlament nicht vorab zu informieren. Er verstehe das, was Herr Remmel sage, vollkommen. Wenn man nicht fertig sei, werde man auch nicht rausgehen. Es handele sich auch nicht um eine Pressekonferenz, sondern Friedrich Merz gebe ein Statement vor dieser Tür. Er wolle das jetzt nicht beurteilen, bitte aber, unaufgeregt weiterzumachen. Er habe großes Verständnis für die Würdigung der Parlamentsarbeit.

**Vorsitzender Dietmar Brockes** erinnert daran, dass man unter TOP 2 ein Sachverständigengespräch habe. Die Gäste seien für 11:30 Uhr eingeladen. In der Obleuterunde sei vereinbart worden, dass sich der Ausschuss für die Diskussion zu TOP 1 als auch zu TOP 2 jeweils etwa eine Stunde Zeit nehme. Er denke, alle Fragen werde man auch besprechen können.

Des Weiteren liege ihm zur Tagesordnung der Wunsch der Fraktionen von CDU und FDP vor, den Tagesordnungspunkt 3 „Benelux-Union“ sowie TOP 5 „Arbeitsprogramm der Landesregierung“ zu tauschen. – Der **Ausschuss** ist einverstanden.

## 1 Die Folgen des Brexits und die transatlantischen Beziehungen

Gast: Friedrich Merz, „Brexit-Beauftragter der Landesregierung“

**Vorsitzender Dietmar Brockes** begrüßt Herrn Merz. Gerade in den letzten Tagen sei sehr deutlich geworden, dass sich sowohl die transatlantischen Beziehungen als auch das Verhältnis zu den Freunden, zu den Geburtshelfern des Landes Nordrhein-Westfalen, zu Großbritannien, in schwierigen Fahrwassern befänden. Es sei sicherlich geraten, hier ein besonderes Augenmerk darauf zu legen. Er freue sich, mit Herrn Merz in die Diskussion einsteigen zu können. Vorab habe Herr Minister Holthoff-Pförtner noch das Wort gewünscht.

**Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBE)** erklärt, er freue sich sehr, dass Herr Merz heute im Ausschuss sei. Die Landesregierung habe ihn am 7. November des vorigen Jahres zum Beauftragten für die Folgen des Brexits und die transatlantischen Beziehungen ernannt. Er sei direkt der Landesregierung zur Unterstützung zugeordnet. Die zentrale Voraussetzung für die Berufung durch den Ministerpräsidenten sei das beeindruckende Netzwerk aus wirtschaftlichen, politischen und zivilgesellschaftlichen Kontakten. Friedrich Merz sei selbst nicht Teil der Landesregierung. Er werde dem Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten zugeordnet.

Es gehe um vier Bereiche, bei denen der Ministerpräsident, die Landesregierung die Unterstützung erwarteten, einmal zunächst die Einrichtung von Unternehmen aus Großbritannien in Nordrhein-Westfalen, um ihnen eine tragfähige Perspektive für die künftige Arbeit aufzeigen zu können, zweitens Unternehmen mit dem Sitz in Großbritannien aus Nordrhein-Westfalen, drittens gehe es um die Unterstützung der Beziehung von Nordrhein-Westfalen zu Großbritannien. Ein großes Anliegen sei auch das transatlantische Bündnis – der Vorsitzende habe es gerade erwähnt –, das nicht gerade einfach sei. Er freue sich, dass Herr Merz die Landesregierung bei dieser Arbeit unterstütze.

**Friedrich Merz (Brexit-Beauftragter der Landesregierung)** trägt vor:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Herr Minister! Zunächst herzlichen Dank für die freundliche Begrüßung und die Einladung, nach Düsseldorf zu kommen. Das letzte Mal, als ich im Landtag in Nordrhein-Westfalen war, war ich Zeuge im Untersuchungsausschuss über die WestLB. Das habe ich in mehr oder weniger guter Erinnerung. Dieses Thema liegt mir, offen gestanden, mehr.

Erlauben Sie mir, dass ich eine Vorbemerkung mache. Ich war im Frühjahr letzten Jahres zweimal Gegenstand einer Aktuellen Stunde hier im Landtag innerhalb von einer Woche. Das habe ich in 15 Jahren Bundestag nicht ein einziges Mal hinbekommen, herzlichen Dank.

Übrigens, Herr Remmel, wenn ich Ihnen das sagen darf: Ich bin gefragt worden, vor der Ausschusssitzung hier Pressestatements abzugeben. Das habe ich abgelehnt, weil ich das von der Reihenfolge her als unangemessen empfinde. Ich werde selbstverständlich danach auch keine Pressekonferenz machen, sondern nur dem

Wunsch der Presse entsprechen, ein kurzes Statement geben. Ich respektiere selbstverständlich die Vereinbarung, die da mit dem Parlament getroffen worden ist.

Vielleicht kurz zu meiner Person: Ich habe das nie öffentlich gemacht, weil ich das nicht eskalieren wollte. Vielleicht sage ich das hier noch einmal. Meine Vermutung ist, dass der eine oder andere in Düsseldorf zwei Unternehmen miteinander verwechselt hat, nämlich BlackRock und Blackstone. Wenn ich bei Blackstone wäre, hätten Sie wenigstens in Teilen mit Ihrer Kritik an meiner Tätigkeit vielleicht recht. Aber ich bin Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen BlackRock AG, und BlackRock ist kein Private Equity Unternehmen, kein Hedge-Fonds, sondern ist ein reiner Vermögensverwalter. Wir haben auch mit Fragen wie Flughafenprivatisierung und Ähnlichem nun wirklich gar nichts zu tun. Insofern ist es möglicherweise ein Missverständnis gewesen im Hinblick auf diese Unternehmen gewesen, nur damit hier auch klar ist: Es gibt für mich keinerlei berufliche Interessen auch an diesem Thema, über das wir heute Morgen hier sprechen wollen.

Der Ministerpräsident hatte mich schon vor längerer Zeit gebeten, mit ihm über die Frage der transatlantischen Beziehungen zu sprechen, auch über den Brexit. Das kam erst später noch dazu. Ich habe ihm gesagt, dass ich das gerne mache, dass ich aber auch zur Wahrung meiner parteipolitischen Neutralität das nicht zum Gegenstand des Landtagswahlkampfes machen möchte, sondern dass ich das erst machen möchte, wenn die Landtagswahl vorbei ist und gegebenenfalls Armin Laschet Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen geworden ist. Es ist für mich selbstverständlich, dass ich dann dem Wunsch einer Landesregierung entspreche, immer im Rahmen meiner zeitlichen Möglichkeiten, so eine Hilfestellung auch zu leisten und da auch mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Ich gehe so weit, hier zu sagen: Wenn mich die Vorgängerregierung dazu gefragt hätte, hätte ich das selbstverständlich auch gemacht. Ich finde einfach, als Staatsbürger eines Landes, wenn man von der Landesregierung oder der Bundesregierung gefragt wird, mit seinen Möglichkeiten behilflich zu sein, dann macht man das. Das ist meine ausschließliche Motivation, dies mit dem Thema „Brexit“ und dem Thema „Beziehung zu den Vereinigten Staaten von Amerika“ zu tun.

Dieses vorweggeschickt, will ich Ihnen ein kurzes Zitat nennen, das vielleicht das ganze Ausmaß des Themas, über das wir heute Morgen hier sprechen wollen, deutlich macht. Es stammt aus einem Beitrag, den der frühere Präsident des Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, vor drei Wochen in der „FAZ“ geschrieben hat. Es lautet wie folgt:

„Großbritannien ist nicht nur eine von zwei Nuklearmächten der EU, sondern die zweitgrößte Volkswirtschaft Europas. Gemessen an der Wirtschaftskraft ist der Brexit gleichbedeutend mit dem simultanen Austritt von 19 der 28 EU-Länder. Der Austritt“

– so schreibt er weiter –

„ist ein größerer, ja katastrophaler Unfall in der Geschichte Europas. Er zerstört die Nachkriegsordnung und lässt eine lädierte EU zurück.“

Nun muss man mit dem letzten Satz nicht einverstanden sein. Ob die Nachkriegsordnung nun dadurch wirklich zerstört wird, sei dahingestellt. Aber alleine die Beschreibung der ökonomischen Folgen dieses Austritts, dass man, von unten gerechnet, den Brexit gleichsetzen muss mit dem Austritt von 19 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, rein ökonomisch betrachtet, zeigt, welche Dimension diese Entscheidung hat. Und das ist jetzt zunächst einmal nur der ökonomische Teil. Der politische Teil geht wahrscheinlich noch viel weiter. Über den will ich heute auch aus Zeitgründen hier nichts sagen. Das könnte man sehr ausführlich, auch im Hinblick auf die Frage, welche Grundüberzeugungen uns eigentlich mit Großbritannien verbinden, vielleicht mehr verbinden als mit anderen Ländern der Europäischen Union. Das sei dahingestellt. Aber alleine dieser Sachverhalt, dass Großbritannien praktisch gleichbedeutend ist mit dem Austritt von 19 der 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union – jetzt stellen Sie sich einmal einen kurzen Augenblick vor, es wäre nicht Großbritannien, sondern es wären diese 19, die das erklären würden. Dann hätten wir wirklich einen Zerfall der Europäischen Union. Aber das ist die politische Dimension.

Die ökonomische ist hoffentlich jedenfalls kleiner. Ich will hinzufügen: Ich bin relativ viel in London, habe seit vielen Jahren enge Beziehungen auch zu vielen Briten. Ich habe die Hoffnung noch nicht ganz aufgegeben, dass sich das abwenden lässt. Und wenn Deutschland einen guten Beitrag für den Zusammenhalt Europas leisten will, dann wäre es auch ein guter Beitrag, alles zu tun, um den Briten vielleicht am Ende dieses Prozesses eine Brücke zu bauen, vielleicht doch in der Europäischen Union zu bleiben – sowohl ökonomisch als politisch wäre das aus meiner Sicht in höchstem Maße wünschenswert. Dies vorweggeschickt zu meiner Tätigkeit oder zu meiner Rolle.

Herr Minister Holthoff-Pförtner hat es gerade schon ganz richtig gesagt. Ich bin nicht Teil der Landesregierung, ich will es auch nicht sein. Ich bin auch nicht in die verwaltungsrechtlichen Organisationen der Landesregierung in irgendeiner Weise eingebunden, sondern ich will der Landesregierung helfen. Ich will sie beraten, ich will sie unterstützen bei allen Themen, die mit dem Austritt Großbritanniens gegebenenfalls zu tun haben.

Nordrhein-Westfalen ist der dicht besiedeltste Ballungsraum der Europäischen Union. Wenn ein so großes und wichtiges Land wie Großbritannien die Europäische Union verlässt, dann hat das unmittelbare Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen. Ich gehe so weit zu sagen: Es gibt kein zweites Bundesland, auf das der Austritt Großbritanniens so weitreichende Folgen hat wie Nordrhein-Westfalen. Insofern finde ich den Gedanken des Ministerpräsidenten gut und richtig, der übrigens von vielen anderen Ministerpräsidenten in Deutschland mittlerweile aufgenommen wird, die das ähnlich sehen für ihre kleineren Bundesländer, das in ähnlicher Weise auch zu tun. Wir müssen uns auch aus lokaler, aus regionaler Sicht mit diesem Thema intensiv beschäftigen.

Nun haben wir ein faktisches Problem. Wir wissen noch gar nicht, was passiert, und wir wissen noch gar nicht, wann es passiert. Der schlimmste Fall wäre, dass bis zum 28.03. nächsten Jahres gar nichts geschieht, dass also keine Vereinbarung

getroffen wird zwischen der Europäischen Union der 27 und Großbritannien. Wenn das der Fall sein sollte, dann wird Großbritannien nach Artikel 50 des EU-Vertrages in der Nacht vom 28. auf den 29.03.2019 fallbeilartig die Europäische Union verlassen. Das heißt im Klartext: Großbritannien ist nicht mehr Teil des Binnenmarktes, Großbritannien ist nicht mehr Teil der Zollunion, und Großbritannien wird keine Anwendung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs mehr haben. Was das allein für die täglichen Flugverbindungen, für die täglichen Warenverkehre zwischen Nordrhein-Westfalen und Großbritannien bedeutet, mag man sich gar nicht vorstellen. Insofern ist die Hoffnung berechtigt und begründet, dass es eine Übergangsregelung gibt, dass es einen Vertrag gibt, der den Austritt dann bis zum 31.12.2020 regelt, möglicherweise mit der Bewahrung von Teilen des Binnenmarktzugangs und mit der Bewahrung der Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs in der Zollunion. Aber dies steht vollkommen in den Sternen.

Die Unternehmen bereiten sich auf den worst case, auf den schlimmsten Fall vor, also den Austritt abrupt am 28./29.03. nächsten Jahres. Das gilt ganz besonders für die Banken, die ihre Planungen jetzt machen müssen, denn London ist der größte Finanzplatz in Europa, einer der größten der Welt. Alle Banken, die heute ausschließlich in London zugelassen sind, verlieren mit dem Austritt aus der Europäischen Union ihre Zulassung. Und sofern sie nur eine Zulassung in Europa haben, die sie berechtigt, im gesamten europäischen Binnenmarkt tätig zu werden, verlieren sie die Berechtigung für den gesamten Rest der Europäischen Union, dort als Bank tätig zu werden. Deswegen sind die Banken mit ihren Planungen, übrigens auch die Versicherungsunternehmen, die ähnliche Zulassungen, einen ähnlichen Europapass brauchen wie die Banken, am weitesten und sie haben insbesondere durch den Eintritt von MiFID jetzt zu Beginn des Jahres ihre sogenannten MiFID-gesellschaften bereits gegründet und werden auf den Kontinent gehen. Da wird Frankfurt profitieren, da wird Amsterdam profitieren, da wird Paris profitieren.

In Klammern gesagt: Die französische Regierung ist außergewöhnlich aktiv in dem Bemühen darum, alles das zu bekommen, was aus London weggeht, nicht nur im Bankensektor, aber auch und vor allem im Bankensektor. Ich wünschte mir manchmal eine ähnlich konzertierte Vorgehensweise auch in Deutschland für den Finanzplatz Frankfurt. Da sind die Franzosen besser. Das muss man einfach leider so sagen – bis hin zum Staatspräsidenten, der nichts unversucht lässt, von diesem Sachverhalt zu profitieren und insbesondere die Banken in Paris anzusiedeln und dort einen Finanzplatz Paris zu entwickeln, der durchaus ein Potenzial hat, mindestens genauso wichtig zu werden wie Frankfurt. Aber dies ist nur eine Bemerkung in Klammern.

Für Nordrhein-Westfalen wird nicht der Bankensektor, sondern der Industriesektor der wichtigste sein. Wenn ich die Zahlen richtig gelesen und im Kopf habe, dann erfolgen ungefähr 10 % des Außenhandels des Bundeslands Nordrhein-Westfalen mit Großbritannien. Damit haben wir hier in Nordrhein-Westfalen ein erhebliches Problem. Darüber müssen wir reden, und zwar so, wie Minister Holthoff-Pförtner es gerade eben schon gesagt hat, in zwei Richtungen: Was passiert mit den Unternehmen, die in Nordrhein-Westfalen ihren Sitz und Fertigungsstätten in Großbritannien haben? Aber auch umgekehrt: Was geschieht mit Unternehmen in Großbritannien,

die dort ihren Sitz haben, und nach Nordrhein-Westfalen liefern? Also die Wertschöpfungsketten sind in beide Himmelsrichtungen betroffen. Wenn Zollunion und Binnenmarkt nicht mehr gelten, dann werden diese Wertschöpfungsketten so nicht aufrechterhalten werden können, wie sie gegenwärtig sind. Wir müssen uns an den Gedanken gewöhnen, dass da plötzlich wieder mitten durch Europa Zollgrenzen verlaufen, dass mitten durch Europa Grenzen verlaufen im Hinblick auf die Freiheit des Warenverkehrs, des Dienstleistungsverkehrs, aber auch des Kapitalverkehrs und des Personenverkehrs. Auch der Personenverkehr wird anders kontrolliert werden müssen, wenn es einen hard Brexit so fallbeilartig im nächsten Jahr geben wird.

Was können wir jetzt tun? Zunächst einmal ist es wichtig, dass wir, das Land, die Landesregierung sich der Dimension des Problems bewusst werden, klar werden, was da auf uns zukommt.

Wir können – das ist ein Teil meiner Arbeit – mit all denjenigen, die betroffen sind, versuchen zu sprechen und zu klären: Wie bereiten sie sich darauf vor, zum einen aus Nordrhein-Westfalen nach Großbritannien – ich nehme mal nur die Automobilzulieferindustrie, die in Nordrhein-Westfalen stark ist, die eine gute Beziehung nach Großbritannien hat. Was folgt daraus? Daraus könnte zum Beispiel folgen – ich kann Ihnen das konkret für ein Unternehmen sagen, deren Aufsichtsratsvorsitzender ich bin –, dass man nicht rausgeht, sondern dass man richtig reingeht, dass man zum Beispiel die Vorlieferungen nicht mehr aus Frankreich oder aus Deutschland bezieht, sondern sie in Großbritannien produziert, wenn der Markt so wichtig ist. Also es kann durchaus sein, dass es Unternehmen gibt, die sagen: Wir gehen komplett mit unserer gesamten Vorlieferkette nach Großbritannien, um dort zu liefern und lieferfähig zu bleiben für unsere Kunden.

Es kann sein, dass einige andere ganz rausgehen. Und es gibt eine große Zahl – das hat mich etwas überrascht – von japanischen Unternehmen, die jetzt bei der Landesregierung angefragt haben, auch bei mir: Was heißt das eigentlich, wenn wir unsere europäische Zentrale in Großbritannien haben – das muss gar nicht London sein, das kann irgendwo in Großbritannien sein – und wir weiter auf den Kontinent liefern wollen: Müssen wir dann nicht möglicherweise unsere Zentrale verlegen und auf den Kontinent gehen und auch mit unseren Betrieben, die wir auf der Insel haben, auf den Kontinent wechseln? Das sind alles offene Fragen.

Ich will abschließen mit einer kurzen Betrachtung dessen, was ich leisten kann oder was ich tun kann. Ich habe eine ganze Reihe von Briefen, E-Mails und Telefonanrufen in den letzten Wochen bekommen. Die werden in der Staatskanzlei zentral auch dort im Referat IV A1 bearbeitet. Ich stehe mit diesem Referat und mit der Staatskanzlei, Herrn Speich, in sehr engem Kontakt. Wir haben uns gestern Abend in Berlin noch ausführlich über dieses Thema unterhalten, Minister Holthoff-Pförtner und ich sowieso, auch der Ministerpräsident. Wir versuchen, ein bisschen Ordnung in dieses Thema zu bringen, indem wir einfach absichten: Was ist jetzt als Wichtigstes zu tun? Als Wichtigstes zu tun ist, Klarheit darüber zu bekommen: Was bedeutet das konkret in Nordrhein-Westfalen? Was können wir hier an Hilfestellung leisten für diejenigen, die kommen wollen?

Noch einmal: Es sind Unternehmen aus Japan, aus anderen asiatischen Ländern, die Düsseldorf deswegen als Alternative betrachten, weil wir hier in Düsseldorf schon eine große Zahl von japanischen, chinesischen Unternehmen haben. Düsseldorf ist ein interessanter Standort für Unternehmen aus Asien, auch als Alternative vielleicht für Großbritannien. Wie können wir die zusammenbringen zu einem Gespräch? Wie können wir mit denen Themen diskutieren, wie wir ihnen möglicherweise, wenn es denn notwendig werden sollte, hier schnell die Möglichkeit einräumen, Standorte zu errichten, Verwaltung zu errichten und auch hier entsprechende Produktionsstätten zu errichten oder zu erwerben. Wie kann man mit der nordrhein-westfälischen Industrie und denen, die daran interessiert sind, hierherzukommen, eine entsprechende Verbindung herstellen? Da kann ich ein bisschen helfen. Das tue ich gerne. Aber nochmal: Das ist keine administrative Tätigkeit. Das ist keine Regierungstätigkeit. Das muss bei der Landesregierung bleiben. Ich lege allergrößten Wert darauf, dass wir klar trennen zwischen dem, was die Regierung tun muss und auch nur tun kann, und dem, was man als Berater oder Unterstützer in einer solchen Frage an Gedanken, an Ideen mit einbringen kann, um diesen Prozess auch in eine gute Richtung zu entwickeln.

Gut heißt für mich am Ende des Tages, wenn es denn tatsächlich passiert, entweder im Frühjahr des nächsten Jahres oder im Dezember des übernächsten Jahres, wenn es denn tatsächlich passiert und es unabwendbar wird, dass es stattfindet, dann muss Nordrhein-Westfalen schon davon einen überproportionalen Nutzen haben. Noch einmal, wenn es denn so ist, dass es nicht mehr abzuwenden ist, was ich sehr bedauern würde. Wenn es denn kommt, dann dürfen wir nicht anderen, den Bayern oder wem auch immer, es überlassen, davon den größten Nutzen zu haben. Dann muss das größte Industrieland der Bundesrepublik Deutschland davon auch den größten Nutzen haben. Da will ich einfach mithelfen, dass das gelingt. Das ist auch vollkommen offen und transparent.

Ich bitte um Nachsicht, ich werde keine Unternehmensnamen nennen können, das geht nicht. Aber das, was wir da miteinander machen, will ich in größtmöglicher Transparenz natürlich auch mit Ihnen hier besprechen. Da gibt es nichts zu verheimlichen – im Gegenteil. Da wünsche ich mir auch – das darf ich vielleicht sagen –, dass das Parlament und dass auch der Ausschuss das unterstützend begleiten, denn es geht hier nicht um parteipolitische Interessen der Landesregierung, sondern es geht um die ökonomischen Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen. Da ich nun seit vielen Jahren in Nordrhein-Westfalen lebe und hier gerne lebe, hier geboren bin und groß geworden bin, möchte ich mithelfen, dass das gelingt.

**Rüdiger Weiß (SPD)** bedankt sich bei Herrn Merz, dass er heute im Ausschuss sei und Rede und Antwort stehe. In Anspielung auf eine Kleine Anfrage könnte er sagen, „das Phantom der Staatskanzlei“ sei dann doch erschienen.

Am Ende der letzten Sitzung sei verabredet worden, dass der Brexit-Beauftragte nach Möglichkeit etwas Schriftliches einreiche. Das sei nicht passiert. Er frage, ob Herr Merz so wenig zu tun gehabt habe, dass nichts habe auf dem Papier erscheinen können,

oder ob er schon so viel zu tun gehabt habe, dass er den Ausschuss mit dem Wust an Unterlagen nicht behelligen wolle.

Der Brexit-Beauftragte solle Brücken bauen zwischen dem Vereinigten Königreich und NRW, auch Brücken erhalten. Er bitte ihn, anhand von ein paar Beispielen deutlich zu machen, wie da der Plan aussehe.

Nun bestehe die Welt nicht nur aus Bankern, Finanzdienstleistern und Industriebossen, sondern auch aus Zivilbevölkerung. Die werde auch, wenn der Brexit denn komme, betroffen sein – Stichwort „Erasmus-Programme“, die sicherlich dann im Fokus stehen würden, die möglicherweise sehr darunter litten. Was vielleicht auch damit zusammenhänge, seien Städtepartnerschaften, die deutlich negative Wirkungen verspüren würden. Er frage, wie da der Plan aussehe, wie man dem entgegenwirken könne, wie man da helfen könne.

**Vorsitzender Dietmar Brockes** merkt an, in der Obleuterunde habe Herr Weiß den Wunsch nach einem schriftlichen Bericht geäußert. Formal gebe es darauf keinen Anspruch. Bei Gästen sei es auch eher unüblich, dass ein schriftlicher Bericht vorab ausgeteilt werde.

**Johannes Remmel (GRÜNE)** bedankt sich dafür, dass Herr Merz heute im Ausschuss Rede und Antwort stehe. Er werde verstehen, wenn die eine oder andere kritische Frage komme.

Er bitte zu unterteilen. Herr Merz habe Ausführungen zu der einen Aufgabe gemacht, die er von der Landesregierung ehrenhalber übernommen habe, nämlich die Frage Begleitung oder Beratung in Sachen Brexit. Dann gebe es noch einen zweiten Titel, der in den letzten Tagen möglicherweise noch interessanter geworden sei, nämlich die Frage der transatlantischen Beziehungen, da insbesondere die Frage, ob ein Handelskrieg bevorstehe – Schutzzölle. Auch das beschäftige die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen noch nicht mit der ganzen Brisanz, aber durchaus mit Perspektiven, die für den Standort NRW von Bedeutung sein könnten. Er bitte, das voneinander zu trennen, erst das Thema „Brexit“ zu diskutieren, dann in der zweiten Runde die andere Frage. Da sei es sehr interessant, die Einschätzung von Herrn Merz und vielleicht auch Ratschläge zu bekommen.

Das, was Herr Merz ausgeführt habe, könne er nur unterstreichen. Er wolle sich mit der Art und Weise der Tätigkeit von Herrn Merz beschäftigen. Herr Merz sei im November ernannt worden. Er habe eben ein paar Hinweise gegeben, dass ihn E-Mails und Schreiben erreicht hätten. Er wüsste gerne, wie er sich das vorstellen solle, ob es eine Telefonnummer, eine Homepage gebe, wie sich ein Unternehmen an Herrn Merz wenden könne, wie das im Zusammenspiel funktioniere. Er bitte, ein paar Einblicke in das zu geben, was bisher schon gelaufen sei, und wie das zukünftig laufen solle. Eventuell gebe es ein Team um Herrn Merz herum, welches die Fragen beantworte. Er frage, wie das in administratives Handeln transformiert werde.

Er könne sich vorstellen, dass es die eine oder andere Frage gebe, die in Brüssel zu stellen sei. Er frage, ob Herr Merz die Fragen stelle oder ob das über die Landesregierung geregelt werde. Bisher sei eine solche ehrenamtliche Beraterfunktion noch nicht bekannt gewesen. Er wüsste gerne, wie das in der Administration funktioniere, ohne infrage zu stellen, dass das möglicherweise ein sinnvolles Konstrukt sein könne. Ihn würde die Arbeitsweise interessieren und wie das gegebenenfalls auch zu kleineren und mittleren Unternehmen gelangen könne.

Er bitte, nähere Ausführungen hinsichtlich der Befürchtung zu machen, dass es bei der beruflichen Tätigkeit von Herrn Merz Interessenskonflikte geben könne. Das sei auf den ersten Blick nicht von der Hand zu weisen, auch wenn Herr Merz gerade deutlich gemacht habe, dass es da unterschiedliche Unternehmen mit ähnlichen Namen gebe. Aber auch der größte Vermögensverwalter verwalte Vermögen. Da gebe es Interessenlagen derjenigen, die ihr Vermögen verwaltet bekommen wollten. Er wüsste gerne, wie sich das in einem solchen Fall gestalte, wenn Herr Merz in seinem Beruf eine andere Auffassung habe als möglicherweise für Nordrhein-Westfalen sinnvoll wäre, wenn es etwa um Betriebsverlagerungen gehe. Die Unternehmen, für die Herr Merz tätig sei, seien als Dax-Unternehmen in irgendeiner Weise betroffen, natürlich auch Dax-Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen. Da könne es durchaus Interessenskonflikte zwischen einem größeren Unternehmen und kleineren und mittleren Unternehmen geben, wenn es um solche Fragen gehe – Stichwort Interessenskonflikte.

Wenn Herr Merz die Industrie schon erwähnt habe, gebe es ein Spezifikum, eine ziemlich starke Verflechtung neben der Automobilzulieferindustrie im Bereich der Chemieindustrie, der britischen und der nordrhein-westfälischen. Er wolle das erweitern, speziell bezogen auf die Mineralölindustrie. Auch da gebe es Verknüpfungen. Er frage, ob es branchenspezifische Veranstaltungen, Beratungen gebe, die Herr Merz organisieren wolle oder könne, um hier zu unterstützen. Die Chemieindustrie müsse hier im Fokus stehen, auch was Zukunftsperspektiven angehe.

**Vorsitzender Dietmar Brockes** greift den Vorschlag auf, als Erstes in dieser und der nächsten Runde die Brexit-Themen anzusprechen. Anschließend könne man auf die transatlantischen Themen zurückkommen.

**Christina Kampmann (SPD)** betont, in der Problembeschreibung, die Herr Merz vorgenommen habe, seien sich alle einig. Wenn die Dimension so groß sei, wie Herr Merz beschrieben habe – auch daran gebe es keinen Zweifel – und wenn Frankreich und Macron die Bemühungen unternähmen, von denen Herr Merz gesprochen habe, so sollte man doch hier auch schon weiter sein, als sich mit offenen Fragen zu beschäftigen. Der Minister habe gesagt, Herr Merz sei am 7. November vergangenen Jahres in diese Funktion berufen worden. Sie habe es gewundert, als Herr Merz eben gesagt habe, er habe sich am Vortage in Berlin damit beschäftigt, was das eigentlich konkret bedeute.

(Friedrich Merz: Das letzte Mal, als ich Herrn Speich getroffen habe, war gestern Abend!)

– Das sei nicht das erste Mal gewesen. Herr Merz habe gesagt, dass man sich mit der Frage beschäftigt habe, was das konkret bedeute. Sie würde interessieren, welche Handlungsansätze Herr Merz daraus ableite. Das sei ihr in den Ausführungen etwas zu kurz gekommen, obwohl sie genau zugehört habe.

Die zweite Frage gehe in die Richtung ihres Kollegen, Herrn Weiß. Die Europäische Union sei mehr als die wirtschaftliche Dimension. Auch sie sei an der einen oder anderen Stelle im London. Ende vergangenen Jahres habe sie sich mit Studierenden vom King's College zu den Fragen des Brexits ausgetauscht. Sie habe gemerkt, dass es ein unglaublich großes Interesse gebe, gerade vor dem Hintergrund, dass viele der jüngeren Generation anders abgestimmt hätten, erst einmal die Verbindung aufrechtzuerhalten, aber vielleicht auch nach einer Post-Brexit-Phase einen Aufbau der Beziehungen wieder zu erwirken. Sie frage, ob es auch Bemühungen vonseiten Herrn Merz in diese Richtung gebe, die Beziehungen zur jüngeren Generation aufrechtzuerhalten und ihnen vielleicht sogar aufgrund der Geschehnisse einen neuen Schub zu geben.

Herr Merz habe gesagt, dass er daran glaube, dass es – es wäre schön, wenn das klappen würde – mit dem Brexit vielleicht doch nicht real werde, dass man am Ende aber eine Brücke bauen müsse. Sie frage, wie diese Brücke aussehen könnte und ob Herr Merz davon ausgehe, dass es in der Europäischen Union am Ende der Verhandlungen tatsächlich die Offenheit dafür geben könnte.

**Friedrich Merz (Brexit-Beauftragter der Landesregierung)** stellt heraus, man sei ganz am Anfang des Themas, nicht seiner Arbeit. Eines der Probleme, die man habe: Man wisse noch gar nicht, was tatsächlich passiere. Wenn man jetzt genau die Abläufe kennen würde, wenn es einen Vertrag gäbe zwischen der Europäischen Union und Großbritannien, dann könnte man sich an diesem Vertrag entlang darauf einrichten, was im nächsten oder übernächsten Jahr passiere. Man sei mitten in den Verhandlungen. Bis jetzt sei gar nichts vereinbart. Das mache die ganze Schwierigkeit nicht nur seiner Arbeit, sondern auch des Themas aus. Er habe auch aus diesem Grunde keinen schriftlichen Bericht gegeben. Das sei auch viel zu früh.

Er versuche, der Landesregierung zu helfen und sie zu beraten. Er sei aber nicht die Landesregierung. Er ersetze sie auch an keiner Stelle. Er könne sie auch an keiner Stelle irgendwo vertreten. Das gehe nicht. Deswegen könne er auch nur anregen, dass Gespräche geführt würden. Er könne, wenn die Landesregierung es wolle, daran teilnehmen. Beispiel: Er kenne Michel Barnier seit vielen Jahrzehnten. Er habe ihm sehr nett geschrieben, ihm gratuliert und ihn eingeladen, nach Brüssel zu fahren. Das mache er nicht alleine. Das gehe nicht. Da frage er den Minister, den Ministerpräsidenten. Dann werde versucht, nach Ostern ein Gespräch zu führen. Wenn die beiden das wollen würden, nehme er gerne teil. Wenn er Michel Barnier treffen wolle und sich mit ihm zum Kaffee verabreden wolle, dann tue er das. Aber dann habe das mit seiner Funktion nur am Rande etwas zu tun. Er wolle nur, dass die Abgeordneten es einordnen könnten, was er tun könne und was er nicht tun könne. Er könne nicht das ersetzen, was eine Administration hier tun müsse.

An Frau Kampmann gewandt, fährt Herr Merz fort, wenn jemand daran beteiligt sein könne, eine Brücke zu bauen, dann sei es die Bundesregierung, die Landesregierung

vielleicht ein kleines bisschen. Die Frage, die Frau Kampmann völlig zu Recht damit verbunden habe, werde weder hier in Düsseldorf noch in Berlin beantwortet. Sie werde am Ende des Tages in Brüssel oder in London beantwortet. Dazu könne er nichts beitragen. Er bitte nicht zu überschätzen, was er machen könne.

Wie das nun praktisch aussehe, habe er kurz erläutert. Das Referat in der Staatskanzlei sei dafür eingerichtet. Da habe es eine krankheitsbedingte längere Vakanz gegeben. Das sei etwas später eingerichtet worden, als es ursprünglich geplant gewesen sei. Es gebe ein Vorbild für eine Beratungstätigkeit dieser Landesregierung. Sein früherer Kollege Wolfgang Bosbach mache das für die innere Sicherheit. Da sei eine Stabsstelle eingerichtet worden, die das koordiniere. Er sei da mit einer solchen Funktion nicht alleine unterwegs. Im Übrigen habe es in früheren Jahren und Jahrzehnten immer gegeben, dass sich Regierungen auch außenstehenden Sachverstand holten. Aber die Verantwortung der Regierung bleibe damit in vollem Umfang bestehen. Daran ändere sich auch gar nichts, auch nicht durch seine Tätigkeit.

Zur Frage der nicht wirtschaftspolitischen Auswirkungen: Das stehe mit im Fokus. Er sehe im Augenblick aus seiner Sicht den Schwerpunkt zu vermeiden, dass andere Bundesländer davon mehr profitierten als Nordrhein-Westfalen. Das betreffe vor allem wirtschaftspolitische Themen, etwa die Frage mit der Chemie. Das sei ohne Zweifel eine der wichtigsten Industrien des Landes, auch des Vereinigten Königreiches. Hier gebe es sicherlich eine ganze Reihe von Themen – Erasmus, Städtepartnerschaften, wobei er kleines Fragezeichen dahinter mache. Sie würden nicht auf einen anderen Planeten verschwinden. Sie würden möglicherweise mit einem Land zu tun haben, das wieder Grenzkontrollen haben werde. Damit könne man Städtepartnerschaften aufrechterhalten, damit könne man auch Schüleraustausch und Erasmus aufrechterhalten. Es sei ja nicht von vornherein ausgeschlossen, dass das fortgesetzt werde, was man bisher als Mitglied der Europäischen Union in Großbritannien gemacht habe.

Nun sei die Frage der kleineren und mittleren Unternehmen gestellt worden. Er sei im Augenblick dabei, ein Konzept zu entwerfen, auch mit den mittelständischen Unternehmen in Nordrhein-Westfalen eine Art Symposium zu machen, einfach mal zu hören, was sie planten, was sie machen. Er habe regelmäßige Kontakte im Einzelnen. Aber das müsse man institutionalisieren. Auch das solle zwischen Ostern und der Sommerpause stattfinden, dass man in Form eines kleinen Symposiums, eines kleinen Kongresses – ohne großen Aufwand – sich mit den mittelständischen Unternehmen zusammenfinde und darüber nachdenke, was man für die tun könne, auch deren Fragen zu hören, wo sie im Augenblick unsicher seien, was da passiere.

Die Frage der Handlungsansätze und der Zeitabläufe seien ein Punkt – Frau Kampmann habe vollkommen recht –, er wünsche sich auch, dass man da weiter wäre. Das sei eine hochkomplexe Materie. Man stochere da an vielen Stellen immer noch im Nebel. Er sei sehr daran interessiert, dass man das möglichst in diesem Jahr so weit habe, am Ende des Jahres 2018, dass man auch auf den schlimmsten Fall vorbereitet sei, wenn es denn im nächsten Frühjahr zu einem ungeordneten Austritt komme. Er bitte, noch ein bisschen Zeit zu geben. Das sei zu früh.

**Oliver Krauß (CDU)** bedankt sich bei Herrn Merz, dass er heute im Ausschuss zu Gast sei und auch die eine oder andere Frage habe schon beantworten können. Im Vorfeld seien Geschichten verbreitet worden. Es sei gut, dass Herr Merz klargestellt habe, bei welchen Unternehmen er tätig sei. Er sei dem Kollegen Rimmel dankbar, dass er die Trennung vorgenommen habe. Die Reduktion alleine auf den Brexit würde den Aufgaben von Herrn Merz nicht gerecht werden. Man habe ja auch große Erwartungen an die hervorragenden transatlantischen Beziehungen von Herrn Merz, dass sie weiterhelfen würden.

Er stelle fest, dass Herr Merz erreichbar, ansprechbar sei, auch ohne, dass er seine Mobilnummer jetzt bekannt gebe oder soziale Mediennetze nutze. Die Unternehmen und Menschen kämen auf Herrn Merz zu. Es gehe vorrangig um die Menschen, um die Arbeitsplätze, die Rahmenbedingungen, wie man hier lebe, wie aber auch die Menschen künftig leben würden, die eine besondere Beziehung zum Vereinigten Königreich hätten, indem sie verwandtschaftliche Beziehungen oder auch rechtliche Beziehungen hätten. Das seien Fragen, die geklärt werden müssten. Herr Merz habe darauf hingewiesen, dass ihm noch viele Rahmenbedingungen für eine geordnete Arbeit fehlen würden. Er sei aber dankbar, dass in diesem Land jetzt mehr passiere als zuvor. Man hätte sich mit gewissen Dingen, die jetzt aufgearbeitet würden, schon früher auseinandersetzen müssen. Die Vorgängerregierung, die regierungstragenden Parteien hätten nichts geliefert. Kein Unternehmen habe sich melden können. Es habe nicht die Möglichkeit gegeben, sich über die ersten Möglichkeiten auszutauschen.

Herr Merz habe dargestellt, im Automobilsektor gebe es besonders enge Verflechtungen zwischen Nordrhein-Westfalen und Großbritannien. Da gehe es auch um die Fertigstellung von Pkws. Hersteller würden die Module zwischen beiden Ländern mehrmals hin- und hertransportieren. Herr Merz habe die negative Perspektive aufgezeigt, dass sie eventuell alles auf die Insel verlagern könnten. Das wäre im Falle eines harten Brexits zu befürchten. Er frage, ob man sagen könne, wie sich die Unternehmen konkret darauf vorbereiteten.

Die Europäische Union habe am 28. Februar den Entwurf des Austrittsabkommens veröffentlicht. Der Europäische Rat werde im März noch tagen. Er frage, wie die Chancen seien, dass auf dieser Tagung zusätzliche Leitlinien verabschiedet würden, die weiterhelfen könnten. Herr Merz habe gesagt, dass er guten Kontakt zu dem EU-Chefverhandler Michel Barnier habe. Er frage, ob er auch schon mit David Davis Kontakt gehabt habe. Er wüsste auch gerne, welche Erwartungen Herr Merz an den Landtag habe. Er könne nur so gut sein im Rahmen seiner Tätigkeit, wie er auch personell ausgestattet sei.

Das Parlament sollte sich auch die Frage stellen, wenn die Problemkreise etwas klarer würden und man differenzierter beurteilen könne, ob man dann Herrn Merz nicht auch mehr personelle Ausstattung geben müsse. Er frage, ob man eine Perspektive entwickeln könne, was die personelle Ausstattung anbelange. Es sei wichtig, diese Aufgaben wahrzunehmen. Die Bevölkerung habe enorme Erwartungen an die Regierung. NRW sei der komplexeste Industrieraum in Europa und sei besonders betroffen. Er sei sehr dankbar, dass sich Herr Merz als Nordrhein-Westfale diesen Aufgaben stelle.

**Friedrich Merz (Brexit-Beauftragter der Landesregierung)** macht darauf aufmerksam, dass er die Sitzung pünktlich um 11:30 Uhr verlassen müsse. Er könne gerne einen weiteren Termin verabreden. Er müsse ab 13:00 Uhr eine Präsidiumssitzung des Aufsichtsrats der Flughafen Köln/Bonn GmbH leiten. Es sei ein Wunsch des Ausschusses gewesen, dass er heute Morgen hier sei. Man habe das jetzt schon in den Nachmittag verlegt. Er müsse da pünktlich sein. Er komme gerne wieder. Wenn man einen Open-End-Termin vereinbaren wolle, dann könne man das machen. Heute gehe es wirklich nicht. Er bitte um Verständnis, er müsse die Sitzung leiten.

**Thomas Nüchel (FDP)** bedankt sich für die Ausführungen. Es sei auch gut, dass er auf die Vorurteile eingegangen sei, die in der Diskussion aufgekommen seien, ob er das jetzt machen dürfe. Aufgrund des Erfahrungsschatzes sei er mit dem personifizierten Bösen gleichgesetzt worden. Er teile die Position, dass die Folgen des Brexits wahrscheinlich die negativen Erwartungen noch übertreffen würden. Herr Merz habe das Fallbeil angesprochen, dass vom 28. auf den 29. runtergehen könne. Er hoffe, dass vielleicht Last Minute am 27. März erst die Einigung erfolge. Er frage Herrn Merz, wie er das einschätze. Insofern sei es richtig, dass die Unternehmen den Worst Case annehmen würden. Er wüsste gerne, wie sich die Mittelständler vorbereiteten. Herr Merz habe gesagt, viele gingen ganz rein oder entschieden sich, ganz rauszugehen. Er frage, ob es einen Mittelweg gebe.

Die Handelspartnerschaft sei ein wichtiger Punkt. Es lebten auch viele Briten in Nordrhein-Westfalen und viele Bürger aus Nordrhein-Westfalen in Großbritannien. Er frage, ob es schon Ansätze gebe, wie sich das Leben für diese Bürger danach gestalten werde, ob man da überhaupt initiativ werden könne.

**Dr. Marcus Optendrenk (CDU)** unterstreicht, in Nordrhein-Westfalen gebe es eine Reihe guter Hochschulen, in Großbritannien auch. Er habe aus manchen Kontakten den Eindruck gewonnen, dass es zunehmend Verlagerungsüberlegungen von jungen Menschen gebe, die sagen würden, dass ihre Zukunft in Europa eher auf dem Kontinent liege, wenn der Brexit komme. Er bitte Herrn Merz zu den Perspektiven oder zu dem, wie man auch die Landespolitik unterstützen könne, dass man genauso erfolgreich werde wie Herr Macron beim Thema „Banken“, etwas zu sagen.

**Iris Dworeck-Danielowski (AfD)** kommt auf die ökonomischen Auswirkungen zurück. Sie frage, ob Herr Merz beobachten könne, dass gewisse Lehren aus der Situation in Brüssel gezogen würden, wie es denn sein könne, dass die Bedingungen für einen so wirtschaftsstarken Partner vermeintlich so miserabel seien, dass man besser austrete.

Nun sei mehrfach die Frage nach dem Brückenbauen angesprochen worden. Zu Beginn sei es immer sehr barsch kommuniziert worden nach dem Motto, wenn man einen Brexit wolle, dann gebe es den mit allen Konsequenzen letzten Endes. Bei einer Statuierung eines Exempels würde das Land große Nachteile haben. Sie frage, wie es mit der Teilnahme am Binnenmarkt aussehe, ob das überhaupt optional sei.

**Josef Neumann (SPD)** betont, Herr Merz habe deutlich die Auswirkungen eines Brexits für Nordrhein-Westfalen und seine Wirtschaft beschrieben. Er habe deutlich gemacht, dass er im Bereich Wirtschaft mit vielen Beteiligten spreche. Auch habe Herr Merz deutlich gemacht, dass er nicht Teil der Regierung sei. Er frage den Beauftragten für den Brexit, wie vorbereitet die Landesregierung sei, wie proaktiv sie diesen eventuellen Prozess organisiere, denn Politik habe oft zu handeln, ohne dass sie wisse, was komme. Sie müsse sich darauf vorbereiten. Hier diskutiere man sicherlich über die Frage, was das Wirtschaftsministerium mache, wie diese Querschnittsaufgabe als Herausforderung aussehe. Er wüsste gerne, wie sich die Landesregierung dazu aufgestellt habe. Es sei schön, dass Herr Merz mit dem einen oder anderen als Nichtbeteiligten der Landesregierung spreche. Aber die Kernarbeit der Herausforderung des Brexits auf Nordrhein-Westfalen müsse in der Landesregierung erfolgen.

An Herrn Krauß gewandt, fährt der Redner fort, natürlich habe es vorher auch einen Minister, eine Ministerin und einen Staatssekretär gegeben, die sich damit beschäftigten hätten. Sie hätten ihren Sitz da, wo die Landesregierung ihre Kernaktivitäten habe. Er frage, wie die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen aus Sicht des Brexit-Beauftragten ihre Kernaufgabe der Vorbereitung auf den Brexit organisiere.

**Dr. Günther Bergmann (CDU)** meint, die Frage hätte man vor einem Jahr genau umgekehrt auch gestellt. Er wolle von seinem englischen Nachbarn berichten. Er habe ihn gefragt, wie er beim Brexit abgestimmt habe. Er habe nicht mitgemacht. Er habe entgegnet: Du wohnst in Deutschland und hast nicht mit abgestimmt? Er habe geantwortet, er habe nie damit gerechnet, dass sie so abstimmen würden. Er wolle auf den Punkt eingehen, den Herr Merz am Anfang erwähnt habe, die Last-Minute-Hoffnung. Er habe in Südengland, in Dorset Bekannte und Freunde. Sie sähen das jetzt anders als vor der Brexit-Abstimmung. Sie sagten, jetzt habe die alte Generation den jüngeren Leuten eine Tür zugemacht aufgrund von Rule, Britannia! und Commonwealth. Dieser Wandel im Bewusstsein sei in der Gesellschaft nachweisbar. Er frage, ob es auch Aspekte dafür in der Administration in England gebe. Auch wüsste er gerne, inwieweit Herr Merz einschätzen könne, dass in der Administration noch die Bereitschaft dafür wäre, nicht nur zu verhandeln, wie man eine besondere Lex Britannia herausbekomme, sondern dass man sage, dass man nach dem ganzen Prozess noch einmal gucke, ob man diese Dinge nicht noch einmal revidieren könne, neu bedenken könne – Stichwort zweite Abstimmung.

Aus Schottland wisse man, dass die Briten nicht gerne zweimal abstimmen lassen wollten. Er frage, wie Herr Merz da die Bewusstseinsfindung einschätze.

**Johannes Remmel (GRÜNE)** bittet, über das Verfahren nachzudenken. Jetzt sei es 11:22 Uhr: Wenn Herr Merz in acht Minuten die Sitzung verlassen müsse, um pünktlich anderen Tätigkeiten nachzugehen, wäre es doch anzuraten, den Tagesordnungspunkt zu unterbrechen und ihn bei einem nächsten Termin fortzusetzen. Jetzt in acht Minuten die ganze Diskussion abzuschließen und dann auch noch transatlantische Fragen zu besprechen, sei eine Überforderung. Er rege an, dass man die Diskussion unter anderen Umständen fortsetze.

Er komme zurück auf die Frage, die Kollegin Kampmann gestellt habe, Brücken bauen. Die Antwort von Herrn Merz sei nicht besonders befriedigend gewesen, weil er keine Idee von einer solchen Brücke skizziert habe. Das entspreche nicht ganz den Erwartungen, die die Landesregierung an Herrn Merz gerichtet habe. Er zitiere aus der Beantwortung einer Kleinen Anfrage genau über diese Frage. Da habe der Minister gesagt: Der Beauftragte soll zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Vereinigten Königreiche neue Brücken schlagen und die bereits vorhandenen erhalten und ausbauen. Der Arbeitsauftrag sei schon gewesen, zumindest eine Idee von einer Brücke zu entwickeln, da würde ihn interessieren, was Herr Merz sich da vorstelle.

Manche Wertschöpfungsketten, Motorenherstellung fänden zum Teil in Großbritannien statt. Die Fahrzeuge würden in Deutschland zusammengebaut. Er frage, was Herr Merz solchen Unternehmen rate. Der Worst Case könne tatsächlich kommen. Ab dem Zeitpunkt müsse möglicherweise Zoll gezahlt werden, es würden andere Normen gelten. Er frage, was Herr Merz diesen Unternehmen rate. Manche Zyklen in der Automobilherstellung gingen über sieben Jahre. Die müssten jetzt schon Produktionshallen an einer anderen Stelle aufbauen, um die Wertschöpfungsketten nicht zu unterbrechen.

**Vorsitzender Dietmar Brockes** greift den Vorschlag auf, die transatlantischen Themen in einer der nächsten Sitzungen zu behandeln.

**Rüdiger Weiß (SPD)** stellt heraus, in der Regel gehe man vernünftig miteinander um. Von daher habe er die Einlassung von Herrn Krauß unverschämt gefunden. Er versuche, den Eindruck zu erwecken, als habe die Europapolitik in NRW erst nach dem 14. Mai 2017 stattgefunden. Er glaube, das sei nicht ganz so richtig. Vielleicht könne Herr Merz ja etwas dazu sagen. Er frage ihn, ob er den Eindruck habe, wenn er angerufen werde, wenn er persönliche Begegnungen habe, dass er mit großen Augen angeguckt werde nach dem Motto: Hoppla, NRW interessiert sich plötzlich für mich. Er habe nicht den Eindruck, dass es so sei.

Herr Merz habe gesagt, man sei am Anfang und wisse nicht, was auf einen zukomme. Er versuche, ein Bild zu gebrauchen, das möglicherweise etwas schief sei, das Herr Merz aber korrigieren könne:

„Es droht ein Tsunami. Umweltforscher, alle sehen es auf ihrem Bildschirm: Da kommt etwas auf uns zu. Wenn Herr Merz jetzt sage, der Brexit komme, aber man wisse noch gar nicht, was da passiere, dann sei das so ähnlich, als wenn die Tsunami-Forscher sagen würden: Wir machen aber nichts, der kommt möglicherweise, aber Vorkehrungen dafür treffen wir noch nicht. Möglicherweise geht ja alles an uns vorbei. In welcher Heftigkeit er kommt, wissen wir auch nicht. Also halten wir die Füße still und gucken.“

Das sei zumindest der Eindruck, der sich ihm aufgedrängt habe. Wenn Herr Merz dies entkräften könne, wäre das schön.

**Friedrich Merz (Beauftragter der Landesregierung)** führt aus, er wolle versuchen, den Eindruck zu zerstreuen. Er habe es schon erläutert: Nicht nur bei den Banken,

auch bei den produzierenden Unternehmen liefen die Vorbereitungen auch in Nordrhein-Westfalen auf Hochtouren. Die Banken hätten jetzt schon Entscheidungen getroffen. Das seien übrigens Entscheidungen, die selbst dann nicht zurückgenommen würden, wenn der Brexit nicht stattfindet. Bei den Banken sei es eine andere Situation. Aber auch bei einer ganzen Reihe von Wirtschaftsunternehmen würden jetzt Entscheidungen getroffen, was sie in dem Fall täten, wenn es tatsächlich zum ungeordneten plötzlichen Austritt komme. Die Frage, die sich das Land stellen müsse, sei nicht erst mit dem Regierungswechsel entstanden. Sie sei am 23. Juni 2016, abends um 12 Uhr, entstanden.

Auf die Frage, was daraus für Nordrhein-Westfalen folge, könne man heute noch keine abschließende Antwort geben außer der zu sagen: Man wolle die optimalen Rahmenbedingungen hier schaffen, damit alle diejenigen, die Standorte außerhalb des Vereinigten Königreichs suchten, auch und vielleicht sogar ganz besonders nach Nordrhein-Westfalen gucken würden. Er habe deswegen schon sehr frühzeitig mit dem Vorstandsvorsitzenden der NRW.Bank, Herrn Forst, gesprochen, der sehr daran interessiert sei und entsprechende Strukturen in der Bank dafür schaffe, auch mit der Förderbank des Landes Nordrhein-Westfalen hier entsprechend unterstützend tätig zu werden.

Er habe mit dem britischen Botschafter ganz früh schon vor dem Jahreswechsel in Berlin ein langes Gespräch geführt, der hoch unglücklich sei über das, was da stattfindet.

Der Kollege von ihm, der bei der Europäischen Union zum Zeitpunkt dieser Entscheidung beschäftigt gewesen sei, habe seinen Posten quittiert. Da sei eine Stimmung entstanden – Herr Krauß habe eben von seiner Nachbarschaft gesprochen –, sie seien ziemlich entsetzt über ihre eigene Entscheidung. Ob man das nun rückgängig machen könne? Die Umfragen in Großbritannien zeigten, dass mittlerweile stabil 10 % der Bevölkerung mehr für den Verbleib seien als für den Brexit. Wenn es heute eine Abstimmung in Großbritannien über den Brexit gäbe, würde sie ziemlich sicher anders ausfallen. Das hänge zum einen damit zusammen, dass plötzlich einige der Kritiker von damals merkten, was sie sich da selber antäten, das hänge aber auch und vor allem damit zusammen, dass die jungen Leute heute wählen gehen würden, die damals zu der Gruppe mit der niedrigsten Wahlbeteiligung gehört hätten. Insofern sei es schön und nett. Ob es dazu komme, das wisse er nicht. Aus seiner Sicht werde es wahrscheinlich nur die Möglichkeit geben zu sagen: Die britische Regierung lege das Ergebnis vor, verbinde das entweder mit Neuwahlen oder mit einem erneuten Referendum oder mit beidem am Ende dieses Prozesses. Das könnte sein.

Ob eine Vereinbarung über die Leitlinien zustande komme, auf europäischer Seite natürlich, sie seien fertig. Ob die Briten darauf einstiegen, sei eine offene Frage. Das sei nur eine politische Meinung, nicht einmal ein politischer Rat. Man habe die Briten im Vorfeld des Austritts auch nicht besonders gut behandelt. Cameron sei weitgehend mit leeren Händen zurückgekommen nach London nach den langen Verhandlungen, die da stattgefunden hätten. Er sage da ganz offen seine Meinung: Er halte auch nicht viel davon, jetzt Austrittsbedingungen zu formulieren, die andere abschrecken sollten. Da sei zu fragen, was das für Europäische Union sei. Das sei ein Zusammenschluss auf der Basis von Freiwilligkeit, weil man sich gegenseitigen Nutzen davon verspreche.

Das sei doch kein Gefängnis, in dem man die Leute daran hindern müsse, da auszutreten, sondern es sei eine Gemeinschaft von Freiwilligen, die aus Überzeugung zum gegenseitigen Nutzen Mitglied dieser Europäischen Union seien. Da müsse man in Deutschland noch ein bisschen Fine tuning an dem Verständnis machen, wie man mit den Briten umgehe, wie man aber auch intern die Kommunikation gestalte, was da eigentlich stattgefunden habe. Dass man eine Legitimationskrise der Europäischen Union habe, das könne man nicht ernsthaft bestreiten. Das sei auch ohne den Austritt von Großbritannien schon sehr deutlich geworden.

David Davis kenne er seit 30 Jahren. Er habe vor einigen Wochen mit ihm in Berlin ein langes Abendessen gehabt. Nach vier Stunden sei er kein bisschen klüger gewesen als zu Beginn dieses Abendessens. Er habe ihn im Europaparlament kennengelernt. Er verstehe Teile seine alten Freunde nicht. Er wisse nicht, was in deren Kopf vorgehe, er komme da intellektuell auch nicht mehr mit, was da teilweise statfinde. Das sei auf einem hohen abstrakten irrationalen Level angekommen, sie hätten offensichtlich Schwierigkeiten, sich selbst ein Stück weit zu korrigieren von dem, was da schon stattgefunden habe. Es gebe Leute, die sagten, dass auch Boris Johnson im Grunde das Ergebnis gar nicht gewollt habe, sondern davon überrascht gewesen sei, dass es so stattgefunden habe. Eigentlich habe er etwas ganz anderes geplant.

Zum Thema „Hochschulen, Studenten und junge Generation“: Er habe mit Minister Holthoff-Pförtner, aber auch mit dem Wirtschaftsminister darüber schon gesprochen. Man habe hier in Nordrhein-Westfalen eine exzellent gute Hochschullandschaft. Diese Hochschulen würden auch in diesen Themenkomplex mit einbezogen. Sie müssten auch Angebote für Studenten machen, die möglicherweise nicht mehr nach Großbritannien gingen, sondern dann Hochschulen auf dem Kontinent suchten. Ob das am Ende des Tages wirklich gelinge, müsse man sehen. Er sehe das Problem nicht als so dramatisch an wie das wirtschaftspolitische Thema. Selbstverständlich sei das auch eine Frage, die man behandeln wolle.

Er schlage vor, sich im Rahmen einer nächsten Sitzung noch einmal zu treffen, um vertieft über diese Themen zu reden. Er habe ein Interesse daran, das nüchtern, sachlich auch mit dem Ausschuss zu besprechen. Von seiner Seite aus werde man an dieser Stelle keinerlei parteipolitischen Zungenschläge hören. Das sei nicht seine Aufgabe. Er wolle das nicht. Er wäre dankbar, wenn das auch im gegenseitigen Verständnis so gemacht werde. Unterschiedliche Meinungen über die Frage zu haben, wie man damit umgehe, so oder so, das sei okay. Er nehme auch aus einer solchen Diskussion eine Menge mit für das, was er dann tue. Aber man sollte es im Interesse des Landes vernünftig miteinander machen. Das sei sein Wunsch mit der Tätigkeit, die er da mache.

**Vorsitzender Dietmar Brockes** bedankt sich bei Herrn Merz. Er habe sicher gemerkt, dass die Arbeit und vor allem auch das Thema den Ausschuss sehr interessiere und bewege. Insofern nehme man das Angebot sehr gerne an, nicht nur die Themenfelder, was die transatlantischen Beziehungen angehe, bei nächster Gelegenheit aufzugreifen. Heute sei es der Einstieg in einen wichtigen Dialog gewesen, den man sicherlich über die nächsten Jahre fortsetzen werden müsse, weil es ein wichtiges Thema für die Europäische Union, aber auch gerade für Nordrhein-Westfalen sei.

## 2 Entsenderichtlinie reformieren – Beim Aufbau einer sozialeren Europäischen Union helfen

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/1122

**Vorsitzender Dietmar Brockes:** Meine Damen und Herren! Ich möchte unsere beiden Sachverständigen, Herrn Hermund vom DGB und Herrn Solle von der Landesvereinigung der Unternehmensverbände, recht herzlich begrüßen. Leider war es einem Vertreter der Europäischen Kommission heute nicht möglich, nachdem wir zuerst das Signal hatten, heute hier zu erscheinen. Aber das Thema ist im Moment so aktuell in Brüssel, dass er sich nicht in der Lage sah, auch die Vertretung in Berlin, zu dem Thema heute jemanden hierher zu senden. Umso mehr freuen wir uns, dass Sie beide heute hier sind. Ich würde vorschlagen, meine Herren, dass Sie bitte beide ein Eingangsstatement von fünf Minuten machen und wir dann anschließend in die Diskussion einsteigen.

**Stefan Solle (Arbeitgeberverband Gesamtmetall, Leiter Büro Brüssel):** Ich bin heute in Vertretung für unternehmer.nrw, respektive Metall NRW, hier und vertrete eigentlich Gesamtmetall im Brüsseler Büro. Das Thema „Entsendung“ ist, wie Sie sagen, momentan in aller Munde. Wir sind kurz vorm Ende einer Einigung. Womit das Thema immer wieder assoziiert ist, zeigt folgendes Beispiel:

Eine polnische Briefkastenfirma schickt einen Arbeitnehmer nach Westeuropa, sagen wir nach Deutschland, um im Baugewerbe oder im Pflegebereich unterhalb des Mindestlohns zu arbeiten. Am Ende, wenn er zurück nach Polen geht, werden ihm auch noch die Transportkosten und Unterbringungskosten abgezogen. Das ist das, was man mit Entsendung assoziiert.

Wir haben eine Entsenderichtlinie, die ist 22 Jahre alt. Alles, was ich gerade beschrieben habe, ist darin im Großen und Ganz abgedeckt. Artikel 3 Absatz 1c dieser Entsenderichtlinie von 1996 regelt, dass jeder Arbeitnehmer Anspruch auf den Mindestlohn im Zielland hat, also der Mindestlohn in Deutschland gilt für jeden nach Deutschland entsendeten Arbeitnehmer. Artikel 3 Abs. 7 legt fest, dass Reise-, Unterbringungs- und Verpflegungskosten nicht auf diesen Mindestlohn angerechnet werden können. Das heißt, dass ihm das nachträglich abgezogen wird, ist nach heutigem Recht eine illegale Praxis. Wir haben seit 2014 eine Durchsetzungsrichtlinie zur Entsenderichtlinie, weil man einfach merkte: Wir haben eine Menge illegaler Praktiken in Europa. Mit dieser Durchsetzungsrichtlinie Artikel 4 wird geregelt, dass Briefkastenfirmen verboten werden. Sprich, ein Unternehmen, das entsendet, muss auch tatsächlich im Heimatland signifikante Tätigkeiten haben. Das heißt, ich kann jetzt nicht einfach nur einen Teil meines Unternehmens zum Schein nach Polen auslagern, um dann billig Arbeitnehmer aus Polen nach Deutschland schicken zu können. Das ist nach der Durchsetzungsrichtlinie Artikel 4 verboten.

Die neue Entsenderichtlinie – darauf komme ich gleich zu sprechen – wird viele dieser Vorschriften verschärfen, sieht aber keine neuen Kontroll- oder Durchsetzungsvorschriften vor. Wir fragen uns, in dem Fall, wenn heute schon Unternehmen illegale Praktiken anwenden und heute schon illegal den deutschen Mindestlohn nicht bezahlen: Was bringt es dann, wenn wir die Regeln hochsetzen? Momentan gilt der Mindestlohn, zukünftig soll das gesamte Entgeltpaket gelten. Wenn ich heute schon ein Unternehmen, das illegal gegen die Mindestlohnverordnung verstößt: Wie groß ist die Wahrscheinlichkeit, dass dieses Unternehmen morgen das gesamte Entgeltpaket des Gastlandes einhält? Da werfen sich bei uns Fragen auf, wie man diesen illegalen Praktiken, die eine klare Sauerei sind, damit Einhaltung gebieten kann. Einfach nur durch Regeln hochsetzen?

Worüber reden wir bei einer Entsendung? Ich zitiere Artikel 2 Abs. 1 der Entsenderichtlinie: „Ein entsandter Arbeitnehmer ist jeder Arbeitnehmer, der während eines begrenzten Zeitraums seine Arbeitsleistung im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedsstaats als denjenigen erbringt, in dessen Hoheitsgebiet er normalerweise arbeitet.“ Was bedeutet das in der Praxis? Meine Damen und Herren Abgeordnete, wenn Sie einen Termin in Venlo haben und Sie nehmen Ihren Mitarbeiter mit, dann ist der für die Zeit in Venlo entsendet, denn er erbringt seine Arbeitsleistung nicht in dem Mitgliedsstaat der EU, in dem er normalerweise arbeitet.

Wenn die Kölner Fordwerke einen Ingenieur in das Werk nach Rumänien oder nach Valencia in Spanien schicken für zwei, drei Wochen oder auch nur für drei Tage für Business Meetings, damit die Kollegen sich mit anderen Managern austauschen, ist er entsendet in dieser Zeit. Nach der Definition, die wir in der Entsenderichtlinie haben, ist de facto jede Dienstreise, die wir innerhalb der EU durchführen, eine Entsendung – das als Setting zur Verinnerlichung.

Wir haben lange nach Zahlen gesucht. Es ist sehr schwer, Dienstreisen und Entsendungen zu erfassen. Wir sind am Ende beim Verband des Deutschen Reisemanagements fündig geworden. Die schauen sich wirklich an: Wo gibt es Reisekostenabrechnungen? Wenn ich am Ende dieser Sitzung diesen Antrag ausfülle, ist das quasi eine Reisekostenabrechnung. Und die ist nachhaltig. Wie gesagt, der Verband Deutsches Reisemanagement kommt darauf, dass es pro Jahr – wir reden jetzt vom Jahr 2017, dazu gibt es die letzte Geschäftsreisen-Analyse – allein für Deutschland 184,3 Millionen Geschäftsreisen im Inland und Ausland gibt, also 184 Millionen Fälle, bei denen eine Reisekostenabrechnung in Deutschland gemacht wurde. Sie sagen zwar jetzt nicht wirklich, wie viele Reisen ins EU-Ausland gingen, aber wenn man sich den Anteil von Auslandsreisen und sich dann die wichtigsten Zielländer anschaut, kann man grob schätzen, dass es ungefähr 30 Millionen Dienstreisen geben muss, die von Deutschland ins EU-Ausland gehen. Wir reden hier – wie gesagt – nur von den Fällen, bei denen es eine Reisekostenabrechnung gibt.

Das heißt, wenn Sie mit Ihrem Dienstwagen mal schnell nach Frankreich, nach Venlo in die Niederlande fahren und ohne Übernachtung, quasi keine Reisekostenabrechnung machen, wird das nicht erfasst. Das heißt, diese 30 Millionen Dienstreisen im Jahr ist eine grobe Schätzung. Die Dunkelziffer wird deutlich höher liegen.

Was uns als Gesamtmetall wichtig ist, ist die Message: Entsendungen sind Teil des Europäischen Binnenmarktes, der Arbeitnehmerfreizügigkeit und per se erst einmal kein Sozialdumping. Das zeigt sich auch, wenn man sich die Entsendeströme in der EU anschaut. Wenn man guckt: Was geht vom Hochlohnland zum Niedriglohnland, was geht vom Niedriglohnland zum Hochlohnland? 51,5 % der Entsendungen in der Europäischen Union gehen vom Niedriglohnland zum Hochlohnland, das heißt, in den Fällen würden die Neuregelungen – ich wende das gesamte Entgeltpaket des Gastlandes an – tatsächlich einen Mehrwert für den Arbeitnehmer bringen. Wie gesagt, wenn ich 51,5 % vom Niedrig- zum Hochlohnland habe, habe ich 48,5 % in die andere Richtung, sprich vom Hochlohn- zum Niedriglohnland oder zwischen zwei Ländern, die auf einem ähnlichen Lohnniveau liegen. In den Fällen bringt die neue Entsenderichtlinie, sprich Anwendung des Entgeltpakets im Zielland, keinen Mehrwert für den Arbeitnehmer.

Der Arbeitgeber muss sämtliche Nachweise führen, dass er das gesamte Entgeltpaket des Gastlandes einhält. Wie gesagt, ab Minute eins, wenn Sie nach Venlo überfahren, nehmen Ihren Mitarbeiter mit, ist der entsendet, und Sie müssen theoretisch gucken – ich nehme nicht an, dass es einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag für Mitarbeiter von Landtagsabgeordneten gibt –, in dem Fall dürften Sie in dem Fall daraus sein. Sie müssen trotzdem gucken: Welche gesetzlichen Regelungen gibt es an der Stelle? Was muss ich einhalten für die Zeit? Wie gesagt: ohne jeglichen Mehrwert an der Stelle für den Mitarbeiter, weil Sie natürlich an einen Arbeitsvertrag gebunden sind.

Nehmen wir das Beispiel Daimler, Stuttgart. Wenn Daimler, Stuttgart, einen Mitarbeiter ins Daimler-Werk nach Ungarn schickt, bekommt dieser Mitarbeiter für die Zeit in Ungarn nicht den ungarischen Lohn, weil in seinem Arbeitsvertrag ein höherer steht. Das heißt, für den Arbeitnehmer ist es in fast 50 % aller Fälle von Entsendungen – ca. 30 Millionen Dienstreisen pro Jahr allein aus Deutschland – von keinem Mehrwert, aber der Unternehmer muss gucken: Welche Tarifbedingungen gelten?

Nehmen wir das Beispiel Frankreich. Bei einer Entsendung nach Frankreich haben wir bei uns in der Metall- und Elektroindustrie 80 allgemein verbindliche Tarifverträge. Das heißt, ich muss als Unternehmen bei einer Entsendung nach Frankreich herauskriegen, welcher von diesen 80 gilt. Ich muss ihn verstehen, er ist auf Französisch. Ich muss dann schauen: Wo bekomme ich meinen Mitarbeiter einklassifiziert? Da haben wir das nächste Dilemma: Wie kann ich nach deutschem Qualifizierungssystem, Berufsabschlussystem jemanden in ein komplett fremdes Tarifsysteem einklassifizieren, das rechtssicher durchführen, um zu gucken: Bekommt er nach deutschem Recht mindestens das, was ihm nach französischem Tarifvertrag zusteht? Wie gesagt, ab Minute eins im Einsatz in Frankreich.

Da sehen wir eine extreme Bürokratie. Die Intention der Kommission und auch vom Parlament und Rat ist eine andere. Sie wollen natürlich – das klassische Beispiel vom Anfang –, der polnische Klempner, der polnische Bauarbeiter ... Aber der Beifang bei dieser Richtlinie ist gigantisch groß. Wie gesagt, 30 Millionen Dienstreisen allein aus Deutschland. Überall muss ich diesen Nachweis führen. Allein diese Entgeltkopierung: Wir sehen hier eine riesengroße Rechtsunsicherheit, die auf Unternehmen an der Stelle zukommt. Gleiches gilt auch bei Langzeitentsendungen.

Der Kommissionsvorschlag sah vor, bei Langzeitsendungen über zwei Jahre muss ich das gesamte Arbeitsrecht des Gastlandes einhalten. Der Kompromiss, der vorläufig steht, der eventuell auch so kommen wird, sieht jetzt maximal 18 Monate vor. Dann muss ich das gesamte Arbeitsrecht des Gastlandes einhalten. Ich frage in die Runde: Wer von Ihnen kann rechtssicher ausschließen, dass heute nicht in irgendeinem von 28 EU-Staaten irgendein Arbeitsrecht geändert wurde oder neu in Kraft getreten ist? Es ist schlichtweg ein Riesenproblem für die Unternehmen, diese Regeln, die jetzt künftig kommen, einzuhalten. – Das als Einstiegsreferat. Ich freue mich auf Ihre Ausführungen.

**Michael Hermund (DGB Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf):** Herzlichen Dank für die Einladung. Es war sehr gut, dass Herr Solle begonnen hat. Dann kann ich vieles, was in den letzten Monaten und Wochen in dem Bereich geschehen ist, einfach weglassen. Man braucht ja nicht alles zweimal zu erzählen. Wir sind als DGB sehr froh, dass es tatsächlich jetzt zu einer Reform kommt. Wie gesagt, über 20 Jahre ist die alte Entsenderichtlinie alt. Es war damals eher als Ausnahmetatbestand gedacht. Damals gab es noch viel weniger EU-Staaten. Heute haben wir eine andere Dimension des Problems.

Wie es mit Gesetzen so ist, die über Jahre existieren, gibt es auch immer wieder Leute, die Tricks und Kniffe versuchen, um es zu umgehen oder um es in irgendeiner Weise für eine bestimmte Seite auszunutzen. Ich sage das genauso, wobei ich sage, die Masse der Entsendungen läuft ganz normal und ohne Probleme. Es gibt aber einen gewissen Teil der Entsendungen, die genau in diesen problematischen Bereich laufen. Wir haben ein Projekt „Faire Mobilität“. Da kann ich kurz die Dimension des Problems schildern, wer sich dort ratsuchend hinwendet. Das sind zumeist Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus dem Baugewerbe, Bauhauptgewerbe. Danach kommen Transport, Logistik, Gebäudereinigung, danach die Fleischindustrie und erst zum Schluss die Klassiker wie Metall- und Elektroindustrie. Das spiegelt sich so wider: 80 % zu 20 %. Damit haben wir genau die Problemfälle erfasst: Bau, Transport, Logistik, Fleischindustrie, die zum Teil auch medienwirksam sind, wo Unternehmen versuchen, Arbeitnehmer um ihren gerechten Lohn zu betrügen – sage ich einmal auf Deutsch. Das heißt, es gibt immerhin 80 %, die sich richtig verhalten.

Ein weiteres Problem dieser alten, aber auch der neuen Richtlinie ist, dass es um Mindestarbeitsbedingungen geht. Mindestarbeitsbedingungen heißt auch – Sie können sich erinnern, den Mindestlohn gibt es in Deutschland noch gar nicht so lange –, dass es Mindestarbeitsbedingungen in der Regel dort gibt, wo es Gesetze gibt, nicht unbedingt Tarifverträge.

Das deutsche Recht und unser Wirtschaftssystem haben sich weiterentwickelt. Es gibt den Mindestlohn. Es gibt aber auch nach wie vor viele Tarifverträge. Es ist der Kern unseres Wirtschaftslebens, dass es Tarifverträge gibt. Deswegen ist es problematisch, dass die Richtlinie immer nur von Mindestarbeitsbedingungen ausgeht. Was wir benötigen, ist die Flexibilität, dass es auch darüber hinaus Besserstellungen geben muss. Wenn wir immer über Mindestarbeitsbedingungen reden, wie es in den alten Richtli-

nien steht, Mindestlohnsätze, haben wir immer wieder den Konflikt, der gerade angesprochen worden ist: Was wird vergleichbar im Ausland bezahlt? Welche tariflichen Bestimmungen gelten da? Was gibt es in Deutschland bzw. im Ausland an Mindestlohn?

Ich halte es für wichtig, dass die Öffnung da ist, wobei wir sagen: Es geht nicht um Mindestbedingungen, sondern um die gleichwertigen Arbeitsbedingungen sowohl bei Lohn, bei Spesensätzen, bei Unterkunft, Verpflegung und bei allen anderen gesetzlichen und tariflich normierten Bestimmungen.

Der zweite Punkt: Auch schon bisher ist es nicht erlaubt, dass Unterkunftskosten, Reisekosten und Ähnliches am Ende den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern abgezogen werden. In der Praxis heißt es aber insbesondere in den Branchen, die ich gerade erwähnt habe, dass das in vielen Bereichen gang und gäbe ist.

Reden wir von polnischen, rumänischen und bulgarischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die hier in bestimmten Branchen – auch wieder Bau, Fleischindustrie – arbeiten – ich brauche nicht in die Tiefe zu gehen, Sie haben das in Zeitungen verfolgen können –, da ist es eher üblich, dass diese Menschen mit dieser Bescheinigung der Entsendung hier in Deutschland, in NRW ankommen, in Betrieben beschäftigt werden, in speziellen Einrichtungen, Unterkunftsstätten eingewiesen werden, ihnen zum Teil die Pässe abgenommen werden und nach drei Monaten ein Lohn ausgezahlt wird minus Unterkunftskosten und minus irgendwelcher ominöser Aufwandsentschädigungen bis hin zu Mietgebühren für Werkzeuge und Ähnliches. All das ist illegal, auch bisher schon. Die entscheidende Frage ist, wie wir es kontrollieren können.

Deswegen, glaube ich, wird es ein entscheidender Punkt sein, dass wir bei der Umsetzung, wenn es denn jetzt zu einer neuen Richtlinie, wie angekündigt, kommt, auf nationaler Ebene die Kontrollen verstärken, insbesondere in den angekündigten Branchen, von denen wir vermuten oder auch wissen – bei Schwerpunktkontrollen hat das Land das festgestellt –, dass es dort zu Problemen kommt.

Zweiter Punkt ist, dass wir fein darauf achten müssen, dass es nicht zu Ausnahmen kommt. Die Richtlinie – so wird immer wieder von interessierten Kreisen in Brüssel argumentiert – soll nicht gelten für bestimmte Branchen wie Transport, Logistik und Ähnliches. Wenn ich umgekehrt sage, genau in diesen Bereichen gibt es einen Großteil der Verstöße, wäre es ein Fehler, diese Branchen außen vor zu lassen. Jeder kennt die Brummifahrer, die auf den Autobahnen hin- und herfahren. Jeder kennt in der Fleischindustrie die Arbeitsbedingungen. Insofern müssen wir fein aufpassen, dass es bei der Umsetzung in nationales Recht, aber auch jetzt in Brüssel bei den endgültigen Verhandlungen, nicht zu diesen Ausnahmetatbeständen kommt von – ich sage es mal so deutlich – bestimmten Lobbyisten, die sich natürlich einen Extraprofit davon erwarten, wenn man die Richtlinie nicht einhalten muss.

Ein letzter wichtiger Punkt von meiner Seite: Wir erleben, dass Europa in der Bevölkerung wenig Thema ist und wenn, eher negativ. Alles Schlimme kommt von Europa, das haben die da entschieden, wie auch immer. Die Diskrepanz zwischen denen in Europa und uns in Düsseldorf oder im Landtag oder auf der Straße, wo auch immer, in Bochum, Köln oder Bielefeld ist offensichtlich. Ich erhoffe mir dadurch, dass es hier

ein Thema ist, dass wir es öffentlich debattieren, dass es tatsächlich zu einer Verbesserung für die Bevölkerung und für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kommt, denn am Ende zählt, was jeder Arbeitnehmer tatsächlich an Vor- oder evtl. Nachteilen durch EU-Recht bekommt.

Wichtig ist, dass wir die gutwilligen Kräfte in Brüssel, die jetzt eine neue Regelung wollen, tatkräftig unterstützen. Ich erhoffe das von allen Seiten, sowohl Arbeitgeber als auch Gewerkschaftsseite, aber auch von Ihnen hier im Landtag, damit es zu einer tatsächlichen Verbesserung kommen kann. Sie wissen, viele EU-Richtlinien bedürfen der Einstimmigkeit. Es werden immer wieder Kompromisse gemacht. Am Ende muss jeder Nationalstaat zustimmen. Ich hoffe, dass es ein positives Herangehen zu Europa gibt. Da sind insbesondere die Regionen in Europa gefragt, noch nicht einmal allein die Nationalregierungen, sondern in Deutschland beispielsweise die Bundesländer, die einen entscheidenden Impuls geben können, damit die Bundesregierung diese Richtlinie positiv unterstützt, weiterentwickelt, um für die Bevölkerung, aber auch die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein positives Bild von Europa in den Köpfen entstehen zu lassen.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Vielen Dank für Ihre Ausführungen. Ich hätte die Frage, weil das nordrhein-westfälische Landesparlament bei der Entsenderichtlinie nicht an erster Stelle federführend ist, sondern das findet an anderer Stelle statt. Wenn ich den Prozess richtig verstanden habe, dann ist über den Trialog jetzt quasi so etwas wie eine Einigung schon absehbar. Was wären denn Ihre Hinweise darauf, wie wir uns mit solchen Anliegen in diesen Prozess noch so zu Wort melden können, dass da noch etwas passiert? Trialog abgeschlossen heißt ja schon relativ weit im Verfahren. Wo ist da der Punkt, noch einmal einen politischen Hebel anzusetzen? Es können nicht sehr viele Punkte sein. Wo müsste man noch einmal intervenieren, um das eine oder andere zu bewegen?

**Rüdiger Weiß (SPD):** Herr Vorsitzender! Ich will mit einem Eindruck beginnen, den ich hatte, den ich hoffentlich äußern darf. Ihre Ausführungen, Herr Solle – so hatte ich das Gefühl –, waren doch von sehr viel Fatalismus und Lamentieren geprägt. So ist das zumindest bei mir angekommen. Deswegen auch die erste Frage ganz konkret: Die intransparenten Zahlungspraktiken, die es nach wie vor gibt: Welchen Lösungsansatz – den haben Sie in den Ausführungen nicht benannt, zumindest habe ich ihn nicht gehört – hätten Sie denn, um dem Einhalt zu gebieten bzw. um dort stärker reingrätchen zu können, auf Gesetze zu achten, als es bisher der Fall ist? Was gibt es da Ihrer Meinung nach konkret?

Zweite Sache: Die Verkürzung der Entsendedauer auf 18 Monate reicht sicherlich nicht aus, weil viele maximal sechs Monate im Baugewerbe beispielsweise unterwegs sind, manche noch kürzer. Wie sieht es Ihrer Meinung nach damit aus, noch einmal über die Umsetzung der Entsendedauer zu reden und einen deutlich geringeren Zeitraum zu nehmen?

Die letzte Frage, die ich habe: Es ist von Ihnen angesprochen worden, Herr Hermund, das Transportgewerbe, was große Sorgen bereitet. Wäre es Ihrer Meinung nach sinnvoll, die mit einzubeziehen, die nicht außen vor zu lassen, denen einen Sonderstatus zu gewähren und zu sagen: ihr müsst, was die Entsenderichtlinie angeht, mit hinein, damit diese Verwerfungen, die entstehen, ausgeglichen werden können?

**Iris Dworeck-Danielowski (AfD):** Sehr geehrter Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Meine Frage richtet sich an Herrn Hermund. Angenommen den Fall, die Richtlinien würden reformiert, würden auch durchgesetzt im Sinne von schärferen Kontrollen in den gefährdeten Branchen, dann hätte das zum einen den positiven Effekt, dass die entsendeten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tatsächlich deutlich bessere Arbeitsbedingungen haben. Es könnte aber auch die Konsequenz haben, dass der deutsche Arbeitgeber beispielsweise in der Fleischindustrie gar nicht mehr so großen Anreiz hat, entsendete Arbeitnehmer einzustellen, weil er ja die gleiche Vergütung auszahlen müsste, die gleichen Arbeitsbedingungen schaffen müsste, als wenn er einen einheimischen Arbeitnehmer beschäftigt. Könnten Sie sich also auch vorstellen, dass das einen positiven Effekt auf den nationalen Arbeitsmarkt hat, sprich dass mehr Hilfsstellen wieder vakant werden?

**Oliver Krauß (CDU):** Vielen Dank an Sie, meine Herren. Die Entsenderichtlinie – das haben wir gehört – hat schon eine längere Geschichte. Ich bin Ihren Ausführungen mit großem Interesse gefolgt. Ich habe auch gedacht, Sie würden auch etwas zu Pflegeberufen sagen. Das sehe ich neben den bereits angesprochenen Berufsbildern als einen Schwerpunkt an, an dem wir ansetzen sollten.

Herr Hermund, Sie haben von Mindestlohn gesprochen, dass Ihnen das nicht weitreichend genug sei. Sie haben von gleichen Arbeitsbedingungen gesprochen. Sie wissen sicherlich selber aus Ihrer Arbeitstätigkeit und ich aus meiner Erfahrung als Anwalt für Arbeitsrecht, dass es mit der Vergleichbarkeit äußerst schwierig ist, diese Maßstäbe anzusetzen. Das ist theoretisch sicherlich wünschenswert, aber in der Praxis habe ich erhebliche Skepsis, wie diese Gleichwertigkeit vor allem auf europäischer Ebene hergestellt wird.

Dann bringen die verbesserten Arbeitnehmerrichtlinien ja nur etwas, wenn – das haben Sie auch angedeutet, Herr Hermund – diese kontrolliert werden. Da sind wir auch wieder bei Theorie und Praxis. Es bringt doch nichts, wenn ich es in der Theorie habe und in der Praxis nicht kontrollieren kann. Deshalb die Frage an Sie, Herr Hermund: Welche Anforderungen stellen Sie da an die Politik, vorbehaltlich der schon geäußerten „Kritik“, dass wir als Land dort nur bedingt Mitspracherecht haben.

An Sie beide habe ich die Frage – das ist angesprochen worden –, wie Sie sich eine Lösung für das Transportgewerbe im Verkehrssektor vorstellen können. Dann ist die Frage noch, dass es Befürchtungen gibt, die Gräben zwischen West- und Osteuropa würden noch verschärft werden durch die Entsenderichtlinie. Das heißt, böse Zungen sagen, dass die Neuordnung nur ein Ziel verfolgt: nämlich den Graben so zu vergrößern, dass die lästige Konkurrenz aus anderen Staaten nicht mehr bis nach Deutsch-

land oder Frankreich kommt. Die Kommission verkauft dann die Verschärfung der Entsenderichtlinie als einen Schritt in ein soziales Europa. Kritiker behaupten, das Gegenteil sei der Fall. Wenn osteuropäische Betriebe den von ihnen entsandten Arbeitern westeuropäische Löhne zahlen müssten, würden sie einen wichtigen Wettbewerbsvorteil verlieren. Ich sage das, was kritisch geäußert wird. Die Verschärfung sei also kein Schritt in ein sozialeres Europa, sondern purer Protektionismus. Was würden Sie beide dieser Kritik entgegnen, bitte?

**Thomas Nüchel (FDP):** Eine Vorbemerkung, ich glaube, Abgeordnete haben das Recht, sich gegenseitig rhetorische Ohrfeigen zu geben. Es gibt aber eine ungeschriebene Regel – Richtung Kollege Weiß –, nicht die Ausführungen von Sachverständigen, die sich Zeit genommen haben und Mühe in den Vortrag gesteckt haben, zu kommentieren mit Vorwürfen wie „lamentieren“ und dergleichen. Das gefällt mir nicht. Ich wollte das voranstellen. Ich halte das für unhöflich.

Ich habe gelesen, für den Transportbereich wird in den Ratsgremien noch über einen Vorschlag aus dem Jahre 2017 nachgedacht, Lex specialis, glaube ich, wurde das genannt. Gibt es da neue Erkenntnisse?

An Herrn Solle speziell: Ich glaube, auch Sie sehen Probleme im Rahmen der Umsetzung der Richtlinie, was jetzt die Bereiche angeht, die von Fluktuation betroffen sind – Bausektor, Landwirtschaft. Vielleicht können Sie dazu auch noch etwas sagen.

Ich höre, die Einigung vom 28.02. lässt auch zusätzliche Spielräume zu, zur Eigengestaltung natürlich – oder sehe ich das falsch?

**Michael Hermund (DGB Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf):** Ich versuche es stichwortartig. Wir sitzen hier vor dem Problem der Entsenderichtlinie, weil es noch keine Sozialunion in Europa gibt. Es gibt zwar eine Wirtschafts- und Währungsunion, aber im Prinzip keine Sozialunion. Ich will jetzt nicht alle Spiegelstriche aufeinandersetzen – Sozialversicherung, Arbeitsschutz, und und und sind national im Kern geregelt. Nur einige wenige Bereiche sind europaweit geregelt, die dann in nationales Recht übernommen werden sollen.

Das hängt auch damit zusammen, dass die Lebens- und Arbeitsbedingungen in den EU-Staaten noch sehr unterschiedlich ausgebildet sind. Dennoch muss es ein Mindestmaß an Vereinheitlichung geben, um überhaupt den Binnenmarkt leben zu können. Die Wettbewerbsrichtlinien sind relativ weit ausformuliert. Die Arbeitnehmerschutz- und die Sozialrichtlinien eben nicht. Deswegen hat auch die aktuelle europäische Regierung – das sage ich jetzt mal so einfach – das Modell der sozialen Säule vor anderthalb Jahren ins Spiel gebracht, weil das Problem erkannt worden ist und bekannt ist und ein Stein ins Wasser geworfen werden sollte, damit nationale Regierungen sich damit befassen.

Wenn ich dem folgen würde, was gerade gefragt worden ist „wo bleibt denn die Vergleichbarkeit und wo bleibt denn die Gerechtigkeit?“, wenn man einen Mindestlohn von 1,50 € in Rumänien mit dem in Deutschland oder mit anderen Staaten vergleicht: Dann bleibt am Ende – ich will jetzt keinen juristischen Vortrag halten –, dass nationales

Recht in Form eines Mindestlohns gilt, in Staaten wie da, in Staaten wie hier. Wenn wir allerdings sagen – bei allen Problemen, die damit verbunden sind –, dieser gesetzliche Mindestlohn, diese Lohnuntergrenze gilt dann nur, wenn es uns passt, also wenn der Rumäne nach Deutschland kommt, gilt deutsches Recht, aber umgekehrt nicht, dann hielt ich das als Gewerkschafter für schön, hielte es aber rechtsphilosophisch schon für ein Problem. Insofern denke ich, wenn wir die Philosophie Europa weiterdenken, müssen wir die nationalstaatlichen Regelungen und Gesetze einhalten – egal, für welchen europäischen Bürger sie gelten. Es würde im Zweifel auch für einen deutschen Arbeitnehmer, der nach Rumänien entsendet worden ist, das rumänische Arbeitsrecht gelten.

Wenn wir das jetzt aushebeln und sagen: Das ist ungerecht, das ist verkehrt, das darf nicht sein, bestimmte Gesetze, weil sie in irgendeinem Land besser sind, gelten dann doch – für die und für die wiederum nicht –, würden wir aus europäischer Sicht, glaube ich, ein Problem bekommen. Deswegen bin ich in einem Dilemma zu sagen: Es ist ungerecht oder es ist gerecht. Gerecht ist Juristerei sowieso nie. Ich will jetzt keinen juristischen Vortrag halten. Das Dilemma ist, wenn wir solche Regelungen haben, die dann quer durch Europa gelten, bei denen wir nicht in der Lage sind, die Einhaltung zu überwachen und es dann eben neben dieser Ungleichheit, dass wir sagen, Gesetze gelten überall, aber für manche mehr und für manche weniger, dann bekommen wir ein Problem.

Deswegen, glaube ich, liegt es nicht daran zu sagen: Wie ist das vergleichbar? Wenn ein deutscher Arbeitnehmer, der in Rumänien, in Frankreich oder in Luxemburg eine gewisse Zeit arbeitet: Ist das gerecht, wenn dort das nationale Gesetz für den Deutschen und umgekehrt gilt? Die Ungleichheit, die Ungerechtigkeit entsteht dadurch, dass Gesetze, die existieren, am Ende nur auf dem Papier stehen und nicht für den Arbeitnehmer wirksam eingehalten werden, der vor Ort betroffen ist, im Übrigen auch für andere Arbeitgeber, weil dieses Lohnunterbinden in der Fleischindustrie und in anderen Bereichen in erster Linie keine Frage ist, dass dieser einzelne Unternehmer in der Fleischindustrie nur die Arbeitnehmer betrügen wollte, nein, er versucht, sich einen Vorteil gegenüber der Konkurrenz zu verschaffen, des Nachbarbetriebes, der eventuell mehr bezahlt. Das ist die entscheidende Sprungfeder, auf der dieses Problem besteht, ob das bei der Bauindustrie, in der Fleischindustrie oder in anderen Bereichen ist. Es geht darum, sich einen wirtschaftlichen Vorteil auf dem Rücken der betroffenen Arbeitnehmer zu verschaffen. Deswegen halte ich es für gravierend, dass die Kontrollen tatsächlich stattfinden. Die Kontrollen können nur nationale Kontrollen sein.

Es gab auch die Debatte, ob man auf europäischer Ebene eine Eingreiftruppe in irgendeiner Weise installieren will. Das ist nicht mehr auf der Prioritätenliste ganz oben. Das hat auch damit zu tun, dass diese Truppe eigentlich dafür da war, genau bei grenzüberschreitenden Problemen tätig zu werden, wo nationalstaatliche Kontrollbehörden keine Chance haben. Das scheint im Moment nicht weiterverfolgt zu werden, so wie ich das mitbekommen habe. Das ist noch nicht 100%ig.

Für NRW bedeutet das – das ist ein starkes Schwert, was das Land hat –, dass die Kontrollen über den Arbeitsschutz gehen. Die Arbeitsschutzverwaltungen bei den Bezirksregierungen sind die Stellen, die die Kontrollen durchführen, übrigens nicht nur in

dem Bereich, sondern in allen anderen Bereichen des Arbeitsschutzes und des Arbeitsrechtes.

Was sollte geschehen? Oder wo könnte man Einfluss nehmen? Aus meiner Sicht sind es die drei Punkte, einmal wirkungsvolle Kontrollen, zweitens die Entsendedauer, die tatsächlich sehr unbefriedigend ist, weil die Masse der Menschen gar nicht zwei oder anderthalb Jahre entsandt werden, sondern viel kürzer. Es scheint mir wenig plausibel, dass ein Arbeitsschutzrecht erst dann gelten kann, wenn jemand nach soundso vielen Monaten beschäftigt ist. Der Arbeitsschutz muss gelten vom ersten Tag an, wie er für Betriebe in Deutschland und Beschäftigte in Deutschland auch gilt.

Der letzte Punkt: Die Ausnahmen gehören meines Erachtens weg, weil es gerade im Transportgewerbe üblich ist, dass der Beschäftigte, der Fuhrpark und der Auftraggeber und -nehmer immer weiter entkoppelt werden. Auf den Straßen sieht man ein Auto mit einem deutschen Nummernschild, einem rumänischen Fahrer, der für eine Firma in Holland einen Transport zwischen Paris und Wien absolviert. Die Entkoppelung dieser Bereiche findet statt, insofern auch oftmals die Kontrollmöglichkeiten. Da sind die holländischen Behörden für das holländische Unternehmen zuständig. Da ist der französische Bereich zuständig für den Transport innerhalb Frankreichs. Da ist ein Stück Deutschland zuständig, ein Stück Österreich. Am Ende hat er ein Papier, eben die Entsenderichtlinie aus Rumänien, wo er angestellt ist bzw. beschäftigt ist.

Diese Entkoppelung macht es sehr schwer, eine wirkungsvolle Kontrolle einzuhalten. Jetzt kann man kapitulieren und sagen: Na gut, dann kriegen die eine Ausnahme, kontrollieren können wir es eh nicht effektiv, also lassen wir sie fahren. Ich denke, das hat auch etwas mit Schutz zu tun, auch etwas mit Schutz auf den Straßen. Gerade im Transportgewerbe gibt es viele Arbeitszeitüberschreitungen und Ähnliches. Wir sollten davor nicht kapitulieren und in dem Punkt genau hinschauen und kontrollieren.

Der allerletzte Punkt: Ich glaube, in den aktuellen Problembereichen Fleischindustrie und Ähnliches, wo die Einhaltung dazu führen würde, dass die Leute bessere Arbeitsbedingungen haben und bessere Verdienste bekommen, wird es nicht unbedingt dazu kommen, dass einheimische Beschäftigte demnächst wieder vorrangig beschäftigt würden. Ich denke, das hat wenig mit der Nationalität dieser Menschen zu tun, sondern hat in dem Fall ausschließlich damit zu tun, dass durch die Lücke in dem Entsendegesetz beispielsweise rumänische Beschäftigte und kriminelle Machenschaften in den Ländern dazu führen, dass es am rentabelsten ist. Wenn wir den Sumpf trockenlegen, wäre mir das völlig egal, ob es ein Rumäne, ein Pole, ein Deutscher oder ein Türke ist, der dort beschäftigt ist, wenn er denn vernünftig zu realen Bedingungen angestellt worden wäre.

**Stefan Solle (Arbeitgeberverband Gesamtmetall, Leiter Büro Brüssel):** Jetzt möchte ich die Fragen abarbeiten, die erste Frage: Was kann man jetzt noch tun? Nächste Woche Montag soll es die abschließende Trilog-Sitzung geben. Es gab bisher nur eine vorläufige Einigung, die dem Botschafter vorgelegt wurde. Jetzt soll in der letzten Runde am Montag alles in Gesetzesform gegossen werden. Das britische Agreement steht aus unserer Sicht. Politisch etwas am aktuellen Stand zu ändern, im Rechtstext der neuen Entsendelinie halten wir für sehr schwierig. Wir sehen trotzdem,

um die Frage zu beantworten, noch Spielraum, und zwar in der Umsetzung. Es ist eine Richtlinie. Sie gibt quasi den Rahmen vor, den die Mitgliedstaaten durch nationale Gesetze ausfüllen müssen. Dafür sind zwei oder drei Jahre Zeit. Das wird sich noch entscheiden. Das ist einer der letzten offenen Punkte. Was wir uns hier wirklich wünschen würden, wären einheitliche Meldebedingungen: Wann muss ich wo was melden? Das ist in der Entsenderichtlinie überhaupt nicht drin. Das macht jedes Mitgliedsland selber.

Wir haben 28 vollkommen unterschiedliche Meldesysteme in der Europäischen Union, Registrierungssysteme. Wie gesagt, in manchen Staaten gibt es Kurzzeitausnahmen. In der Erstinstallation außerhalb des Baugewerbes kann bis zu acht Tage von den Lohnbedingungen ausgenommen werden. Das ist in Frankreich nie umgesetzt worden, gilt auch nur für Erstinstallationsarbeiten. Das heißt, wenn ich die Maschine einbaue, kann ich theoretisch eine Ausnahme bekommen. Wenn sie drei Wochen später auf Störung geht und ich noch einmal dorthin muss, ist es dann eine Entsendung. Das nur am Rande. Wir haben in 28 EU-Staaten vollkommen unterschiedliche Meldepflichten und auch vollkommen unterschiedliche nationale Homepages, in denen Informationen stehen, die stellenweise sehr unbefriedigend sind.

Ich habe vorhin das Beispiel gebracht, Sie nehmen Ihren Mitarbeiter mit nach Venlo. Um das etwas auszusmücken: Gestern war ich auf der niederländischen Homepage, um zu gucken: Was müsste denn theoretisch ab Moment eins eingehalten werden? Die niederländische Homepage besteht aus zwei Seiten auf Englisch, die Zusammenfassung des Gesetzes und nichts weiter. Die deutsche Homepage ist relativ breit. Da sehen Sie, für welche Branche nach Mindestlohngesetz, nach Arbeitnehmerentsendegesetz bei einer Entsendung gemeldet werden muss. Das ist relativ ziseliert, wird auch mit der gleichen Ausführlichkeit auf Englisch angeboten. Wir haben diese 28 nationalen Homepages, die letzten Endes auch unseren Unternehmen dafür dienen sollen, die Information herauszukriegen, auf was sie jetzt verpflichtet werden. Sie sind äußerst unterschiedlich. Von daher ist das ein großes Petitum auch für uns, gerade auch an Brüssel, sich für einheitliche Melde- und Registrierungspflichten einzusetzen.

In dem Zusammenhang. Am Dienstag ist die ELER der Europäischen Arbeitsmarktbehörde vorgeschlagen worden, die sich gerade um mobile Arbeitnehmer kümmern soll. Wir sehen den Vorschlag erstaunlicherweise weniger kritisch als Sie ihn sehen, weil wir schon sehen, er könnte einen echten Mehrwert bei Informationen bieten. Wenn man diese 28 nationalen Homepages, die völlig unterschiedlich aufgebaut sind, in den jeweiligen Landessprachen, maximal noch in Englisch, in Brüssel zusammenführt und da wirklich zentral für alle Staaten die Informationen bereithält über das, was eingehalten werden muss, dann wäre eine Menge getan, um den Arbeitgebern zu helfen – Stichwort Gehaltsrechner. Wenn da wirklich draufstehen würde: Ich schicke meinen deutschen Feinmechaniker nach Ungarn und dem steht mindestens das und das zu. Wenn ich das als Endsumme herauskriegen könnte, wäre uns wahnsinnig geholfen. Von daher haben wir Hoffnungen an diese Europäische Arbeitsmarktbehörde, dass sie da doch eine größere Rechtssicherheit bringt. Denn momentan ist der Arbeitgeber komplett in der Pflicht herauszubekommen: Was steht meinem Mitarbeiter im Ausland zu? Wenn uns da die Hilfestellung von der Politik gegeben werden könnte, wäre das sehr hilfreich.

Das Dilemma, selbst wenn Deutschland jetzt noch großzügige Ausnahmen für die Metall- und Elektroindustrie einbauen würde, bringt das unseren Unternehmen gar nichts, weil quasi jedes Land nur das regeln kann, was reinkommt. Das heißt, das Geschäft unserer Unternehmen, die das Outbound-Geschäft machen, ist quasi dann von 27 nationalen Umsetzungen abhängig. Wir sind davon abhängig: Wie sehen die Registrierungspflichten in Frankreich aus und da ab Minute eins? Ich brauche eine A 1-Bescheinigung, die ich beantragen muss. Ich brauche einen Französisch sprechenden Kontakt in Frankreich. Ich brauche einen Franzosen, der als meine Kontaktperson gilt. Ich muss sämtliche Gehaltsnachweise vorlegen ab Tag eins. Ich muss nachweisen, dass das Unternehmen mindestens 25 % im Heimatland, nämlich in Deutschland, tätig ist und eben nicht nur eine Briefkastenfirma ist.

Ich muss sogar den Arbeitsvertrag des Arbeitnehmers vorlegen, und ich muss auch noch den Bankauszug des Arbeitnehmers vorlegen, dass er den Lohn wirklich bekommen hat. Das gilt ab Tag eins in Frankreich für jeden Arbeitnehmer, ganz egal, aus welcher Branche. In Deutschland ist das ganz anders geregelt. Da brauchen wir dringend einheitlichere Vorgaben. Da kann uns leider auch die deutsche Politik nicht helfen, weil sie eben nur das regeln kann, was nach Deutschland reinkommt. Das hilft den Unternehmen nicht, die rausenden. Deswegen ist das Petikum an Brüssel und die ELER.

Was haben wir gefordert? Exakt das, was ich gerade gesagt habe. Was wir auch in die Diskussion eingebracht haben, war eine Art Gehaltsschwelle. Wir haben vorgeschlagen: Wenn ich über dem 1,3-fachen des Durchschnittslohns im Zielland liege, sind damit die Bedingungen der Entsenderichtlinie erfüllt, dass ich halt nicht für den Manager von Siemens komplett die Gehaltsrechnung durchmachen muss, ob er denn so viel bekommt wie sein französischer Kollege. Wir haben in Deutschland die Beitragsbemessungsgrenze. Die ist an der Stelle auch als Gehaltsschwelle eingeführt worden eingeführt worden. Wenn ich eine Fachkraft aus dem nichteuropäischen Ausland nach Deutschland hole, und er liegt über der Schwelle der Beitragsbemessungsgrenze, habe ich verringerte Berichtspflichten. Warum ist das nicht möglich, wenn ich jemanden aus der EU hole, sondern nur, wenn ich jemanden außerhalb der EU hole? Das war ein Vorschlag von uns, dass man wirklich die Gutverdiener – diesen unnötigen Beifang, um den es ihnen gar nicht geht –, dass man die aus der Richtlinie schlichtweg rausnimmt.

Das Unternehmen hat eine Zahl: Mein Mitarbeiter verdient mehr als 56.000 €, er ist in Ordnung. Damit hätte man unbürokratische Lösungen geschaffen, wobei man wirklich nur auf untere Lohngruppen, auf Risikogruppen hätte gehen können und hätte diesen gigantischen Beifang, nämlich den Hochlohnsektor, einfach außen vorgelassen. Das war unser Petikum. Das war absolut nicht machbar. Sämtliche Ausnahmen sind ein „Rotes Tuch“, weil dann immer wieder das Missbrauchsargument kam. Das war unser Dilemma im Gesamtverfahren.

Zum Zeitraum Arbeitsrecht: Was gilt denn heute schon ab Tag eins? Ich lese jetzt wieder vor, Artikel 3 Absatz 1 a) bis g):

„Ab heute schon, ab Tag eins, gelten Höchstarbeitszeitgen des Gastlandes, es gilt der Mindestlohn, es gilt der bezahlte Mindestjahresurlaub, es gelten

Bedingungen für die Überlassung von Arbeitskräften, insbesondere durch Leiharbeitnehmer, Sicherheit, Gesundheitsschutz, Hygiene am Arbeitsplatz, Schutzmaßnahmen im Zusammenhang mit Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen von Schwangeren, Wöchnerinnen, Kindern und Jugendlichen, Gleichbehandlung von Männern und Frauen sowie andere Nichtdiskriminierungsbestimmungen.

Diese Arbeitsrechtsbestimmungen des Ziellandes gelten heute schon ab Tag eins.“

Das sind die Kernarbeitnehmerrechte. Das steht jedem Arbeitnehmer ab Sekunde eins der Entsendung im Ausland zu. Die Idee war jetzt: Wir weiten es aus auf das gesamte Arbeitsrecht. Wir haben hier einen großen Satz an Sachen, die sowieso ab Tag eins gelten. Wo ist der Mehrwert? Was fehlt ihnen da? Da können wir ein, zwei Punkte in die Liste aufnehmen, die wirklich auch einen Mehrwert für den Arbeitnehmer bringen. Im Moment, wie gesagt, verpflichte ich die Unternehmen auf das gesamte Arbeitsrecht des Gastlandes. Ich habe keine Ahnung, was gerade in 28 Staaten erlassen, geändert wird. Das war unser Dilemma. Das war unser Petition an die Politik. Wir haben einen Kernsatz an Arbeitsnormen, die heute ab Minute eins eingehalten werden müssen. Die Ausweitung auf das gesamte Arbeitsrecht bei längerfristigen Entsendungen bringt aus unserer Sicht keinen Mehrwert. Das ist halt wieder nur Bürokratie.

Lösung Transportgewerbe: Die Einigung sieht vor, dass das Transportgewerbe aufgenommen ist. Es soll die Lex specialis geben. Gerade das Transportgewerbe ist eine der Branchen, wo am meisten Missbrauch passiert. Es ist für uns unverständlich, dass es für den Siemens-Ingenieur nicht leichter wird, aber das Transportgewerbe jetzt die Sonderregelung bekommt. Das ist für uns ein komplettes Absurdum, ist aber jetzt ein Fakt. Wie gesagt: Transport wird rauskommen. Es wird eine Sonderregelung geben, die wahrscheinlich auch weicher aussieht als die Entsenderichtlinie. Davon kann man ausgehen, weil für das Thema nicht der Sozialausschuss des Parlaments zuständig ist, sondern der Verkehrsausschuss.

Sind nationale Lösungen noch möglich? Das habe ich beantwortet, dass da, wie gesagt, jedes Land nur das regeln kann, was reinkommt.

Die Frage zur Spaltung der EU: Gestern saßen die 28 EU-Sozialminister zusammen. Die Stimmung war unterirdisch. Das Thema „Entsenderichtlinie“ kam auf. Osteuropa fühlt sich bei der Richtlinie über den Tisch gezogen. Sie haben das Gefühl, sie werden schlichtweg vom gesamten Europäischen Binnenmarkt abgeschnitten. Wir hatten Herrn Merz heute Morgen, der gesagt hat: Wir werden in Zukunft wieder eine Grenze in Europa haben. In Sachen Arbeitnehmerfreizügigkeit haben wir die de facto schon, um die Auswirkungen zu nennen.

Der Landtag soll erweitert werden. Sie haben eine Ausschreibung. Es soll ein neues Gebäude gebaut werden. Sie haben eine europaweite Ausschreibung, die Sie machen müssen. Wer kann denn die Ausschreibung gewinnen? Eigentlich nur ein Düsseldorfer Unternehmen in Zukunft, weil auch das ausländische Unternehmen auf exakt den Lohn verpflichtet wird, den das Düsseldorfer Unternehmen zahlt, und on top müssen

Sie komplett die Unterkunft, die Transport- und Verpflegungskosten zahlen. Das heißt, jedes Unternehmen ist per se teurer als das lokale Unternehmen.

Arbeitnehmerschutz, da bin ich voll dabei. Wie weit wir momentan im Binnenmarkt gehen, das ist die Frage. Das ist aus unserer Sicht ein sehr tiefer Eingriff in den Binnenmarkt. Auch die Dienstleistungsfreiheit sehen wir sehr kritisch. Da sind die Osteuropäer voll auf unserer Seite.

**Sebastian Watermeier (SPD):** Herr Hermund, Sie haben vorhin ausgeführt, die soziale Säule der Europäischen Union ist im Aufbau. Man arbeite daran. Dies ist eine Absichtserklärung. Eine Absichtserklärung liegt sehr deutlich auch im neuen Koalitionsvertrag der Großen Koalition vor, in dem eine Charta der sozialen Rechte beschrieben wird. Wie beurteilen Sie das? Ist da von der bundespolitischen Seite zu erwarten, dass an dieser Säule weitergebaut wird, dass sie tragfähiger gemacht wird mit Blick auf die Arbeitnehmerentsendung?

An beide Sachverständigen die Frage: Sie haben sehr deutlich beschrieben, es gibt unter den vorhandenen Bedingungen Missbrauch und klare Rechtsverstöße. Sehen Sie konkrete Versäumnisse, sehen Sie konkrete Schwächen in der Kontrollleistung, die das Land in unserer föderalen Ordnung erbringt als Aufsicht? Müssen Landesbehörden, müssen Landesministerien da an bestimmten Punkten nachfassen? Muss sich das Land in unserer föderalen Ordnung, auch in der Umsetzung der neuen, sich abzeichnenden Richtlinie Gedanken darüber machen, wie bestimmte Dinge hier vor Ort, in unserer föderalen Zuständigkeit verantwortet, umgesetzt werden?

Sie haben sehr deutlich gemacht, dass es um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch in Nordrhein-Westfalen, ob sie nun über die Entsendung arbeiten oder ob sie in einem Konkurrenzverhältnis zu den entsendeten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern stehen, geht. Die Rolle von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern war ja auch in der Brexit-Anhörung gerade ein großes Thema. Erlauben Sie mir die Bemerkung, Herr Minister, sehr geehrte Vertreter der Landesregierung, dass Sie jetzt einen großen Teil der Sachverständigenanhörung versäumt haben, finde ich schade, finde ich insbesondere schade im Hinblick auf das, was vorhin im Vorgespräch auf die Frage von Herrn Rimmel hin erklärt wurde. Sie sagten, es würde keine Pressekonferenz geben, sondern lediglich ein Pressestatement von Herrn Merz.

Die Pressemitteilung, die um 11:38 Uhr, als die Tür gerade hinter Ihnen ins Schloss fiel, versendet wurde, erweckt einen etwas anderen Eindruck. Ich bitte Sie, dieses Missverständnis möglicherweise noch einmal aufzuklären. Warum hat das jetzt eine gute halbe Stunde gedauert, bis Sie wieder an der Sitzung teilnehmen konnten?

**Stefan Solle (Arbeitgeberverband Gesamtmetall, Leiter Büro Brüssel):** In Sachen europäische Säule, soziale Rechte: Es ist ein erklärtes Ziel von Jean-Claude Juncker, die soziale Dimension der Europäischen Union voranzutreiben. Wir haben da ganz klar begrenzte Kompetenzen in der Europäischen Union. Die sind aktuell begrenzt. Herr Juncker hat eine Debatte zu dem Thema zur Zukunft der EU angestoßen. Ich sehe nicht, dass die Debatte wirklich lebhaft geführt wird. Herr Macron hat einen starken Aufschlag gemacht. Wir haben einen Koalitionsvertrag, der ein Stück weit in die

Richtung geht. Es ist jetzt eine neue Bundesregierung im Amt. Die Stellungnahme der letzten Bundesregierung gerade zur Säule sozialer Rechte war sehr klar, keine neuen Kompetenzen auf europäischer Ebene. Am Ende war das Anliegen der Europäischen Kommission, mit der europäischen Säule sozialer Rechte ein rechtsverbindliches Instrument zu schaffen, was damals klar angekündigt wurde, nicht möglich, weil die Mitgliedstaaten gesagt haben: Auf europäischer Ebene sind die Kompetenzen nicht da. Am Ende war es nur ein gesichtswahrendes politisches Bekenntnis, das dann im Oktober unterzeichnet wurde.

Da ist die Frage: Wieviel Wert misst man diesem Bekenntnis zu, was nicht einmal vom Europäischen Parlament abgesegnet wurde. Theoretisch steht zwar Europäisches Parlament drunter, aber es ging nicht noch einmal ins Plenum. Es ist vom Parlamentspräsidenten unterzeichnet worden. De jure ist es keine Wortäußerung des Europäischen Parlaments, da es keine Plenarabstimmung über den endgültigen Text gab. Es gab nur Trilog-Verhandlungen dazu. Die Abgeordneten des Parlaments waren dabei, haben sich auch eingebracht. Aber dem gesamten Plenum ist es nicht vorgelegt worden. Von einer wirklichen Absichtsbekundung aller drei Institutionen zu sprechen, halte ich schon einmal an der Stelle für schwierig. Das zeigt auch das Dilemma, was wir auf europäischer Ebene haben. Wir brauchen eine Diskussion darüber, ja, wo wollen wir wirklich hin mit Europa, auch im Bereich Soziales?, aber die muss auch wirklich offen geführt werden. Und das steht aus meiner Sicht noch aus.

**Michael Hermund (DGB Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf):** Als Sozialpartner kann ich mich anschließen oder das unterschreiben, was Herr Solle gesagt hat. Ich empfinde die Debatte um die soziale Dimension als sehr wichtig. Ich finde es genugtuend, was in der Koalitionsvereinbarung in Berlin drin steht. Ich hoffe nur, dass die Debatte über die Säule, die angestoßen worden ist, tatsächlich auch auf europäischer Ebene so ernst gemeint ist, dass sie nach vorne gerichtet und getrieben wird.

Wir wissen, im nächsten Jahr sind Europawahlen. Wenn ich jetzt Euroskeptiker wäre, Europa schlechtreden wollte, würde ich sagen, na gut: Da hat die europäische Regierung jetzt mal einen Stein ins Wasser geworfen, kurz vor Ende der Legislatur, wohlwissend, dass der Abstimmungsprozess so lange dauert, dass es sicherlich nicht zu einer solchen Dimension oder einer Säule kommen wird. Wir wissen, nach der Wahl oder kurz vor der Wahl ist Strich drunter. Was bis dahin nicht beschlossen ist, hat sich erledigt. Ich sage, man könnte. Ich halte aber schon die Tatsache, den Stein ins Wasser zu werfen, dass es diese soziale Dimension gibt und debattiert werden muss, für wichtig, denn wir wissen alle, wie schwierig Abstimmungsprozesse auf europäischer Ebene sind.

Umso wichtiger ist es jetzt, dass wir eine handlungsfähige Regierung in Berlin haben, die hoffentlich dieses Thema nach vorne treiben wird, zusammen mit den Franzosen. Wir bekommen eventuell eine wirkliche Debatte über soziale Themen, über Themen der Bevölkerung, über Themen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und das nicht nur, weil es irgendwann im nächsten Jahr zur Wahl geht, sondern weil es notwendig ist, weil wir uns alle als Europäer fühlen müssen und weil wir wissen, dass es ohne Europa in Deutschland, aber auch in NRW viel schlechter wäre.

Letzter Punkt, die Kontrollen: Ich halte es für unabdingbar, dass Kontrollen effektiv stattfinden. Jedes Gesetz, jede Verordnung ist nur so gut, wie auch die Einhaltung überprüft wird. Das weiß jeder. Ob es um das über die Rote-Ampel-Laufen als Fußgänger geht oder parken im Parkverbot, je geringer die Chance ist, dass man sich ein Ticket einfängt, desto eher ist man ein schlechtes Vorbild auch für Kinder, wenn es über die rote Ampel geht. Nichts anderes ist mit anderen Gesetzen auch.

Ein Gesetz, was wir beschließen, ob in NRW oder auf nationaler Ebene, ist nur so gut, wie es auch überprüft wird und die Einhaltung überprüft werden kann. Deswegen brauchen wir genug Menschen in der Arbeitsschutzverwaltung in NRW, die die Einhaltung der Gesetze auch überprüfen können. Das ist der Kern, egal, was wir gerade diskutiert haben, was jetzt im Detail mit der Entsenderichtlinie kommt.

**Vorsitzender Dietmar Brockes:** Vielen Dank, meine Herren, dass Sie uns heute Rede und Antwort gestanden haben. Ich denke, wir werden das Thema weiter im Ausschuss behandeln. Insofern herzlichen Dank. Wir schließen damit den Tagesordnungspunkt 2.

### **3 Arbeitsprogramm 2018 der Europäischen Kommission und die Europapolitischen Prioritäten der Landesregierung Nordrhein-Westfalens für das Jahr 2018**

Vorlage 17/555

**Vorsitzender Dietmar Brockes** merkt an, beim letzten Mal sei das Programm eingebracht worden. Der Ausschuss habe sich darauf verständigt, dass heute die Beratung stattfinde.

**Rüdiger Weiß (SPD)** hält fest, das Arbeitsprogramm sei in sechs Kapiteln aufgeteilt worden. Er versuche, anhand der Kapitel die Fragen zu stellen.

Er frage, wie die Landesregierung gedenke, die guten Kontakte mit dem Vereinigten Königreich weiter voranzutreiben, auch vor dem Hintergrund Brexit und all dem, was damit zu tun habe. Er wüsste gerne, was in diesem Zusammenhang die Äußerung „wir haben schon einen guten Kontakt“ bedeute.

Zur Kohäsionspolitik: In der letzten Plenarrunde habe seine Fraktion einen Antrag gestellt „NRW muss der Allianz für eine starke EU-Kohäsionspolitik beitreten“ – vgl. Drucksache 17/1993. Der Antrag sei abgelehnt worden. Da würde ihn schon interessieren, wie die Landesregierung gedenke, die Kohäsionspolitik weiter fortzuführen mit all den Schwierigkeiten, die man sicherlich haben werde.

Auch wüsste er gerne, wie es mit Entsenderichtlinie im Grenzraum aussehe und wie es mit der Anerkennung von Berufsabschlüssen aussehe, was nicht so ganz einfach sei. Er wüsste gerne, was die Landesregierung in dieser Hinsicht zu tun gedenke. Hier müsse noch sehr viel geschehen.

**Johannes Remmel (GRÜNE)** betont, es sei ein Routinevorgang, jährlich das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission vorzustellen, das Programm der Landesregierung anzuschließen und eigene Arbeitsschwerpunkte deutlich zu machen. Insofern könnte man das als Routine abhaken. Er wolle das an drei Stellen aber nicht tun, sondern die Landesregierung auffordern, grundsätzliche Positionen erkennen zu lassen. Er habe es schon zweimal plenar ausgeführt.

Es wäre sinnvoll und notwendig aufgrund der tiefgreifenden Debatte, die es über die Zukunft der Europäischen Gemeinschaft gebe, dass sich die Landesregierung grundsätzlich positioniere. Jetzt habe man eine neue Bundesregierung und einen entsprechenden Koalitionsvertrag. Er frage, was dazu die Position der Landesregierung sei. Dazu wäre es notwendig, dass der Ministerpräsident eine Regierungserklärung abgebe, wie sich Nordrhein-Westfalen in diesem Zusammenhang positioniere. Er könne nur dringend auffordern, das zu tun. Da fehle die Orientierung. Es sei zumindest zu vermuten, dass es innerhalb der Regierungskoalition dazu keine Einigkeit gebe, wo zukünftig Europa weiterentwickelt werden solle, insbesondere wie die Vorschläge des französischen Staatspräsidenten aufgenommen würden. Das verunsichere in der Folge alle anderen Politikbereiche, die dringend eine Orientierung und Gestaltung benötigten. Da sei in erster Linie die zukünftige Haushalts- und Förderpolitik zu nennen.

Da fehle ein strukturierender Gedanke, eigener Haushalt, eigene Einnahmen, wo das Geld herkomme, an welcher Stelle werde gekürzt. Die Forderung vorzutragen, das solle alles gleichbleiben, helfe nicht, wenn man wisse, das Geld werde weniger. Das bilde den Rahmen. Es werde seines Erachtens nicht beantwortet, wo das hingehen solle.

Ein dritter Punkt sei für Nordrhein-Westfalen von nicht unerheblicher Bedeutung. Bisher sei keine klare Haltung der gesamten Landesregierung erkennbar. Das betreffe die Frage der gemeinsamen Agrarpolitik. Nun habe Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr den Vorsitz der Agrarministerkonferenz. Es gebe eine Sonderagrarministerkonferenz am 28. April in Münster. Da würden grundsätzliche Linien der Agrarminister beschlossen. Er frage, ob das dann auch die Haltung der Landesregierung sei. Das Agrarbudget stehe in Abwägung zu anderen finanziellen Förderungsnotwendigkeiten. Auch hier wäre es interessant, eine gemeinsame Haltung vorgetragen zu bekommen und zu erfahren, wie sich beispielsweise der Wirtschaftsminister oder der Sozialminister zu dieser Frage stellten. Da sei bisher nichts zu erkennen.

**Iris Dworeck-Danielowski (AfD)** kommt auf den Punkt „Hin zu einer neuen Migrationspolitik“ auf Seite 7 der Vorlage zu sprechen. Da werde über die faire und nachhaltige Verteilung von Asylbewerbern gesprochen, allerdings gleich mit dem Schlusssatz: „Im Rat sind die Fronten zwischen Mitgliedstaaten jedoch nach wie vor verhärtet; eine Einigung ist nicht in Sicht.“

Dazu passten letztlich auch die öffentlichen Ausführungen von Angela Merkel nach dem Motto: Das Geld erhält, wer mitspielt. EU-Gelder sollen künftig an Flüchtlingsaufnahmen gekoppelt werden.“ Ansonsten habe das Arbeitsprogramm den Tonschlag „Förderung des Europagedankens“ usw. Sie frage, inwiefern es da zu Widerspruch kommen könnte. Sie frage, wieviel Sprengstoff in diesen verhärteten Fronten in dieser Fragestellung liege.

Zum Punkt „Ein grenzüberschreitender Arbeitsmarkt zu fairen Arbeitsbedingungen“: Sie habe eine Verständnisfrage. Da sei unter anderem die Absicht „Vermeidung von alleine oder hauptsächlich auf die Nutzung staatlicher Leistungen zielender Migration“ zu finden. Diese Absicht halte sie für wünschenswert. Als Maßnahmen seien genannt: der Eintritt für eine Absichtserklärung des Bundes mit den Herkunftsländern zur Kooperation und Verbesserung bei der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Missbrauchs von staatlichen Leistungen (zum Beispiel bei A1-Bescheinigungen). Gerade habe der Ausschuss über das Thema „Entsendung“ gesprochen. Ihr sei nicht ersichtlich, wie die A1-Bescheinigung bei der Bekämpfung des Missbrauchs von Sozialleistungen helfen solle. Sie bitte um Aufklärung.

**Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEI)** führt, an Herrn Watermeier gewandt, aus, es habe kein Pressegespräch gegeben. Die Erklärung, auf die sich Herr Watermeier beziehe, sei am Vorabend fernmündlich zwischen Herrn Merz und ihm abgestimmt worden. Sie sei heute freigegeben worden. Er habe weder Fragen beantwortet noch an einer Pressekonferenz teilgenommen. Er habe den Gast zu seinem Wagen gebracht und sei auf dem Weg von seinem Büro angerufen worden.

Zu den Fragen von Herrn Weiß: Die Kontakte zum Vereinigten Königreich betrafen vor allem die Zivilgesellschaft und das Verhindern von emotionalen Reaktionen. Er habe in den letzten Tagen etwas Ähnliches in den Beziehungen zu Ungarn und zu Polen feststellen dürfen. Es sei unglaublich schwierig, gute konstruktive Gespräche zu führen, wenn der Fundus an Gemeinsamkeiten immer kleiner werde. Bei der Begleitung der Regierungsdelegation nach Budapest habe er sehr lange Gespräche mit Personen geführt, deren Lauterkeit er nicht infrage stelle, die ähnliche Wertekoordinaten hätten, aber völlig anders lebten. Da könne man nicht immer Zwischenergebnisse geben oder sagen, man sei auf einem guten Weg. Das Ende von Gesprächen wäre aber ein katastrophaler Weg. Er habe festgestellt, dass der deutsche Blick von Europa ein sehr spezifischer, ein geografisch begründeter sei. Für Ungarn, Polen und andere sei es nicht nachvollziehbar, warum Deutschland ständig mit den Franzosen verhandle. Da man mit allen sprechen wolle, müsse man zuhören, versuchen, sich zu erklären und den Konsens nicht aufzugeben.

Das Thema England sei sehr schwierig, wenn man etwa höre, dass der britische Botschafter in Brüssel seine Tätigkeit beendet habe, wenn schon ein Brite große Schwierigkeiten habe und man hier immer noch Konsens suche und sage, das Beste sei kein Brexit. Man wisse noch gar nicht in allen Positionen, worüber man verhandle. Das Tsunami-Beispiel scheine überzeugend. Möglicherweise bekomme man aber etwas ganz anderes, weil die Verhandlungen in Brüssel nicht so seien, dass man sagen könne, sie hätten einen bestimmten Tagesplan.

Zur Kohäsionspolitik habe er sich im Landtag geäußert. Er habe seine Meinung nicht geändert. Er glaube, dass die Abstimmungen ausgesprochen schwierig würden, weil ein Nettozahler ausfalle. Bei den denkbaren Koalitionen fühle er sich auch nicht so wohl, wenn in das Paket nicht koalitionsfähige Dinge reingeschnürt würden. Er meine damit, dass man in Abhängigkeiten geraten könne, um bestimmte finanzielle Vorteile zu bekommen, bei denen er sich schwertun würde. Zum Beispiel Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit, Zivilgesellschaft gegen Zustimmung zu Paketen würde er nichtmitmachen.

Die Abstimmungen bei den beruflichen Ausbildungen erfolgten massiv. Das betreffe zunächst einmal die direkten Nachbarn. Die Gespräche des Ministerpräsidenten mit den Niederlanden oder mit Belgien würden mittlerweile auf der Ebene aller Ministerien geführt. Minister Stamp, Frau Gebauer, Herr Wüst führen dann hin. Die tägliche Abstimmung beginne. Da sei man auf einem vernünftigen Weg.

Die unterschiedlichen Diskussionen mit dem Finanzminister und dem Wirtschaftsminister innerhalb der Landesregierung seien kein großes Geheimnis. Dass man einer Abstimmung bedürfe, erfahre man einmal im Monat, wenn bestimmte Voten für den Bundesrat diskutiert würden, wo nicht von vornherein Einigkeit bestehe, wo es unterschiedliche Auffassungen gebe. Es sei sicherlich nicht die beste Position, wenn man sich dann enthalte. Mittlerweile könne man ja gar nicht mehr sagen, was ein A-Land sei, was ein B-Land sei. Er glaube, dass sich der Ministerpräsident von Baden-Württemberg wundere, wenn man ihn für ein B-Land halte, nur weil er einen Wolf ertrage, erdulde oder mit ihm zusammenarbeite.

Die Positionierung der Landesregierung zu Europa befinde sich auch in einer Diskussion. Das ergebe sich aus den Tagesordnungspunkten des nächsten Bundesrates. Da

gebe es unterschiedliche Auffassungen. Er vertrete auch die Auffassung, dass eine richtungsweisende Erklärung des Ministerpräsidenten gut wäre. Er sei überzeugt, sie werde auch kommen.

Nun habe er nicht alle Fragen von Frau Dworeck-Danielowski beantwortet. Er schlage vor, die Antworten auf die Fragen zu Protokoll zu geben.

#### **4 30 Jahre Erasmus-Austausch in Nordrhein-Westfalen – Bildungspolitischen Austausch weiterentwickeln**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/1441

**Vorsitzender Dietmar Brockes** gibt an, der Antrag sei vom Plenum in seiner Sitzung am 20. Dezember letzten Jahres an den Europaausschuss federführend sowie zur Mitberatung an den Wissenschaftsausschuss überwiesen worden. Der Wissenschaftsausschuss habe in seiner Sitzung am 21. Februar auf ein Votum verzichtet, da signalisiert worden, einen gemeinsamen Änderungsantrag zu formulieren. Dieser Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, FDP sowie der SPD liege nun mit Drucksache 17/2152 vor. Er beabsichtige, die Anträge heute abschließend zu beraten. Das Plenum erwarte eine Beschlussvorlage.

**Oliver Krauß (SPD)** dankt den Kolleginnen und Kollegen der SPD, dass sie den gemeinsamen Weg gegangen seien. Das zeige, dass die Bedeutung des Themas im Vordergrund stehe. Die Wichtigkeit komme zum Ausdruck, auch weil mehrere Fraktionen das gemeinsam beantragen. Er bedauere ausdrücklich, dass die Grünen diesen Weg nicht hätten mitgehen können. Der Antrag, der vorliege, werde der Bedeutung des Programms gerecht. Es wäre ein klares Zeichen gewesen, wenn sich zumindest die grüne Fraktion dem Antrag angeschlossen hätte.

**Rüdiger Weiß (SPD)** freut sich, dass ein gemeinsamer Antrag habe gefasst werden können. Sinn und Zweck des Ansinnens seien verstanden worden. In der nächsten Woche werde man Gelegenheit haben, sich über die Anträge plenar auszutauschen. Er bedanke sich für die sehr konstruktive Zusammenarbeit.

**Johannes Remmel (GRÜNE)** erklärt, er könne sich nicht bedanken, weil am Ende kein gemeinsames Ergebnis herausgekommen sei. Seine Fraktion stimme dem Paradoxon nicht zu. Es sei paradox, auf der einen Seite den europäischen Gedanken fördern zu wollen, den Austausch der Hochschulen über das Erasmus-Programm zu unterstützen, auf der anderen Seite aber neue Hürden aufzubauen, indem ausländischen Studierenden durch Studiengebühren der Zugang zur Hochschule erschwert werden solle. Das passe nicht zusammen. Wenn man den europäischen Austausch wolle, dann dürfe man diese Hürden nicht aufbauen. Das sei das Paradoxon. Den Austausch unterstütze seine Fraktion selbstverständlich mit allen Mitteln, nicht aber nicht mit zusätzlichen Studiengebühren.

Der **Ausschuss stimmt** dem **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP **Drucksache 17/2152** mit den Stimmen der Fraktionen von

CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der AfD **zu**.

Der **Ausschuss stimmt** dem **geänderten Antrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 17/1441** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der AfD-Fraktion **zu**.

## 5 Zehnjähriges Jubiläum der Kooperation zwischen Nordrhein-Westfalen und der Benelux-Union – Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/1660

**Vorsitzender Dietmar Brockes** merkt an, der Antrag Drucksache 17/1660 sei vom Plenum in seiner Sitzung am 18. Januar an den Europaausschuss mit der Maßgabe überwiesen worden, diesen in öffentlicher Sitzung abschließend zu beraten. Er verweise auf den vorliegenden Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/2151. Er beabsichtige, heute die abschließenden Beratungen durchzuführen.

**Oliver Krauß (CDU)** bedankt sich insbesondere bei der Fraktion der Grünen, dass sie im Sinne der Sache entschieden hätten. Ziel bleibe die substanzielle Vertiefung der Zusammenarbeit mit der Benelux-Union. Er sei froh, dass man sich in diesem Ziel einig sei.

**Johannes Remmel (GRÜNE)** meint, der Dank sei nicht nötig. Es sei eine Selbstverständlichkeit, dass das an dieser Stelle gemeinsam getragen werde.

Der **Ausschuss stimmt** dem **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 17/2151** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der AfD-Fraktion **zu**.

Der **Ausschuss stimmt** dem so **geänderten Antrag** der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP **Drucksache 17/1660** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der AfD-Fraktion **zu**.

**6 Lehren aus den Paradise Papers ziehen – Steuervermeidung, Steuerbetrug und Geldwäsche konsequent entgegentreten**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/1983

**Vorsitzender Dietmar Brockes** gibt an, der Antrag sei vom Plenum in seiner Sitzung am 28. Februar an den Europaausschuss federführend sowie zur Mitberatung an den Hauptausschuss und an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen worden. Die Mitberatungsfrist ende am 9. Mai. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe gebeten, den Antrag auf die heutige Tagesordnung zu setzen.

**Johannes Remmel (GRÜNE)** beantragt zu diesem Antrag eine Anhörung. Die Details könne man später klären. Schön wäre es, wenn man darauf achten würde, dass im Zusammenhang mit einer der nächsten Sitzungen auch Herr Merz teilnehmen könne. Er wäre ein potenzieller und interessanter Sachverständiger.

**Vorsitzender Dietmar Brockes** hält fest, die antragstellende Fraktion habe eine Anhörung beantragt. Er schlage vor, in der nächsten Obleuterunde den Termin und den Kreis der Sachverständigen festzulegen, um dann die Anhörung durchzuführen.

## 7 Verschiedenes

**Vorsitzender Dietmar Brockes** gibt an, das Plenum habe in seiner Sitzung am 1. März den Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des allgemeinen Datenschutzrechtes an die Verordnung der EU 2016/679 und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680 (Nordrhein-Westfälisches Datenschutz-Anpassungs- und Umsetzungsgesetz EU – NRWDSAnpUG-EU) Drucksache 17/1981 federführend an den Hauptausschuss überwiesen. Der Europaausschuss sei mitberatender Ausschuss. Der Hauptausschuss habe in seiner Sitzung festgelegt, dass es hierzu eine Anhörung am 19. April geben solle. Er wolle jetzt einen Vorschlag machen. Wenn man noch weiteren Diskussionsbedarf sehe, müsse man das in der Obbleuterunde klären. Er würde vorschlagen, dass sich der Europaausschuss an dieser Anhörung am 19.04. nachrichtlich beteilige. – Der **Ausschuss** ist einverstanden.

Da zwischen der Anhörung und der abschließenden Beratung keine Sitzung des Europaausschusses mehr geplant sei, wäre zu überlegen, entweder eine Sondersitzung anzuberaumen oder sich an der gemeinsamen Sondersitzung des Innen- und Rechtsausschusses am 26. April zu beteiligen. Das sei für den 26. April 2018 vor dem Plenum geplant. Er würde anregen, in Absprache mit den anderen Ausschussvorsitzenden, dort in Fraktionsstärke abzustimmen. Das Beratungsverfahren sei sehr kurz. Spätestens zum 25. Mai müsse das Gesetz umgesetzt werden.

**Der Ausschuss beschließt**, sich **nachrichtlich an der Anhörung** zu Drucksache 17/1981 am 19. April **zu beteiligen** und gemeinsam mit dem Innen- und Rechtsausschuss am 26. April morgens eine **Sondersitzung durchzuführen**. Die Abstimmung soll in Fraktionsstärke erfolgen.

Er habe dem Ausschuss im Vorfeld das Schreiben des Präsidenten zu der geplanten Ghana-Ausstellung im Landtag übermittelt. Leider habe der vom Ausschuss vorgeschlagene Termin nicht realisiert werden können. Es bestehe die Möglichkeit, die Ausstellung vom 10. bis 21. Dezember im Landtag einzurichten. – Der **Ausschuss** ist einverstanden.

**Rüdiger Weiß (SPD)** erkundigt sich, ob es zur geplanten Ruhr-Konferenz mittlerweile ein Konzept gebe, das im Ausschuss vorgestellt werden könne.

**Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEI)** antwortet, das befinde sich noch in der Abstimmung mit dem Ministerpräsidenten. Er könne noch nichts rausgeben.

**Thomas Nüchel (FDP)** teilt als Vorsitzender des Verkehrsausschusses mit, eine Delegation des Verkehrsausschusses werde eine Einladung der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Städte wahrnehmen, die mit Blick auf den Ausbau der Radwege in Nimwegen eine Fahrradtour durchführen werde. Gerne könnten auch Mitglieder des

Europaausschusses daran teilnehmen. Das Ganze werde am 19. und 20. Juni stattfinden. Eine Übernachtung finde statt. Wer sich anmelden wolle, könne dies gerne über sein Büro tun. Das Programm liege aus.

gez. Dietmar Brockes  
Vorsitzender

13.04.2018/26.04.2018

150